



POLENI

WOCHENSCHRIFT FÜR POLNISCHE

HERAUSGEBER::
UNIVERSITÄTS-PROF.
DR. LADISLAUS LEOPOLD
RITTER-V-JAWORSKI

INTERESSEN

REDAKTION UND ADMINISTRATION
WIEN I. WIPLINGERSTRASSE 12

PREIS 60H. - 50 Pf. a
JAHR M. POSTVERS. FK-6Mk
TELEFON N^o 39366
POSTSCHECK-KONTO 150678

Nummer 54

7. Januar 1916

2. Jahrgang

INHALT:

Die Rattenfänger von Zürich.

Die Einheit Mitteleuropas als kulturpolitisches Ziel.

Der „Pester Lloyd“ über die „Friedensgedanken“.

Die Legionen auf dem Kampffelde.

Interessenvertretung Österreich-Ungarns in Warschau.

Aus Kongreß-Polen.

Glanz und Verderb der polnischen Republik.

Die Rückkehr aus Amerika.

Wirtschaftliche Mitteilungen.

Vom Lesetisch des Krieges.

Kleine Mitteilungen.

Im Einzelverschleiß zu haben bei Hermann Goldschmidt G. m. b. H., Zeitungsbüro und Buchhandlung, Wien, I., Wollzeile Nr. 11, und in den meisten Buchhandlungen. — Für Wiederverkäufer in Oesterreich-Ungarn und im Deutschen Reich durch das Zeitungsbüro Goldschmidt.

Leon Wasilewski: „Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrußland.“

48 Seiten. — Preis 60 Heller — 50 Pf.

Soeben erschienen.

Zu haben bei der Administration der Wochenschrift „POLEN“, Wien, I., Wipplingerstraße 12.
Generalvertrieb bei Hermann Goldschmiedt, G. m. b. H., Zeitungsbüro und Buchhandlung,
Wien, I., Wollzeile Nr. 11.

Einbanddecken für „POLEN“.

Abnehmer, die die abgeschlossenen Vierteljahrsbände dieser Zeitschrift binden lassen wollen, können

geschmackvoll ausgestattete
Leinen-Einbanddecken

von unserer Administration zum Preise von K 1.30 = 1 Mark, einschließlich Postversand, beziehen. — Gebundene Exemplare der bisher vorliegenden vier Bände von „Polen“ sind durch die Administration, durch alle Buchhandlungen und durch die Generalvertriebsstelle Hermann Goldschmiedt, G. m. b. H., Wien, I., Wollzeile Nr. 11, zum Preise von K 8.50 = 7.20 Mk., zu beziehen.

Dr. MIECZYSLAW SZERER:
STUDIEN ZUR BEVÖLKERUNGSLEHRE POLENS
Soeben erschienen!

Preis: 60 Heller — 50 Pfennig.

Verlag: Wochenschrift „Polen“. Zentralvertrieb: H. Goldschmiedt, Wien, I., Wollzeile 11.

POLEN

WOCHENSCHRIFT FÜR POLNISCHE

HERAUSGEBER:
UNIVERSITÄTS-PROF.
DR. LADISLAUS LEOPOLD
RITTER-V-JAWORSKI

INTERESSEN

REDAKTION UND ADMINISTRATION
WIEN I. WIPPLINGERSTRASSE 12

PREIS 60 H. = 50 Pf.
1/2 JAHR M. POSTVERS. 7 K. = 6 Mk.
TELEFON Nr. 39366
POSTSHECK-KONTO 150678

Jacek Sygnarski
Beau Chemin 7
1722 Bourguillon
Telefon 0377 223354

Nr. 54

7. Januar 1916

2. Jahrgang

Die Rattenfänger von Zürich.

Berlin, 30. Dezember. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der ausländischen Presse macht sich die Neigung bemerkbar, den gestrigen Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“, betitelt „Friedensgedanken“, zu Betrachtungen über die Kriegs- und Friedensziele zu benutzen. Um jeder Irreführung der deutschen öffentlichen Meinung vorzubeugen, weisen wir erneut darauf hin, daß der Artikel lediglich private Gedankengänge enthält und daher nicht als Ausgangspunkt für eine ernste Diskussion über die Ansichten leitender Kreise dienen kann.

Im Kirren und Wirren, von dem die Ententemächte seit jenem durch das Manifest des Großfürsten Nikolaus gegebenen Signal die polnische Nation unablässig umgaukeln lassen, ist knapp vor Schluß des alten Jahres der bisher vielleicht perfideste Trick versucht worden. Aus „angeblich unterrichteten deutschen Kreisen“ — so lautete die Einbegleitung des den Artikel übermittelnden Wolffschen Telegraphenbüros — teilte die „Neue Zürcher Zeitung“ mit, wie man sich in diesen Kreisen die Grundzüge der jetzt einzuleitenden Friedensverhandlungen denke. Hauptzweck der Veröffentlichung in einem notorisch ententefreundlichen Blatte, das auch durch seinen Eigentümer dem englischen Kapital sehr nahe steht, war natürlich das Erwecken des Eindruckes, als ob es sich bei diesen „Friedensgedanken“ um einen von Deutschland ausgestreckten Fühler handelte. Das ist, wie man weiß, ein Manöver, das oft genug inszeniert wurde, und wir hätten keine Veranlassung, seiner diesmal besonders zu gedenken, wenn sich nicht unter den von Zürich aus verschossenen Pfeilen auch ein eigens für Polen berechneter befände. Man konnte nämlich darin lesen:

1. Belgien soll seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit erhalten bleiben, Belgien hätte aber an Deutschland eine jährliche Kriegskontribution zu bezahlen in der Höhe des früheren Militärbudgets, wogegen Deutschland bis zur endgültigen Auszahlung (? Auszahlung welcher Gesamtsumme? Diese Ungenauigkeit verrät deutlich, daß die Mitteilungen „aus angeblich unterrichteten deutschen Kreisen“ in die Spalten des Zürcher Blattes zum mindesten auf längerem Umwege gelangt sein müssen.) die Polizeigewalt ausüben wird.

3. Russisch-Polen soll unter einem deutschen Fürsten als König von Polen vollkommen unabhängig und selbständig werden; dagegen hätte es an Deutschland eine Kriegskontribution auf gleicher Grundlage wie Belgien zu entrichten.

Der deutsche Reichskanzler und der ungarische Ministerpräsident haben es klar genug gesagt, wie sich die Zentralmächte zur Friedensfrage stellen: Bereit, Friedensangebote zu hören, bereit zu Bedingungen, die für die Entente annehmbar wären, entschlossen, bei je längerer Dauer des Krieges je stärkere Sicherstellungen der Zukunft zu erzielen. Fünfunddreißig Jahre einer ehrlichen und standhaften Friedenspolitik des deutsch-österreichisch-ungarischen Defensivbündnisses boten in den Anfängen des den zwei Verbündeten aufgezwungenen Kampfes die Bürgschaft, daß die

Entente goldene Brücken zum Frieden hätte beschreiten können, wenn sie nur gewollt hätte. Der angebliche Gewährsmann der „Neuen Zürcher Zeitung“ behauptet nichts Geringeres, als daß er wisse, wie jetzt eine solche goldene Brücke aussehen würde. Angesichts der nachdrücklichen Erklärung des anerkannten Organes des Deutschen Reichskanzleramtes ist es völlig unnötig, zu fragen, aus welcher Zeit die in Zürich veröffentlichten „privaten Gedankengänge“ stammen. Doch nicht unberechtigt erscheint der Zweifel, ob die „Friedensgedanken“ auch tatsächlich in jener Form abgedruckt worden sind, wie sie in Zürich ankamen, ob zwischen dem „angeblich unterrichteten deutschen Kreisen“ und dem ententefreundlichen Schweizer Blatte nicht irgendwo ein ententefreundliches Filterwerk zu passieren war. Ist schon die Tatsache auffällig, daß in dem Artikel Oesterreich-Ungarns nicht mit einem Worte gedacht ist — glaubte am Ende gar der ententefreundliche Filterer, durch einen Blaustiftstrich das erzielen zu können, was König E d u a r d VII. nicht gelang, eine Trennung des durch den Krieg als geschichtliche Notwendigkeit erwiesenen Bündnisses? — so muß der Punkt über P o l e n geradezu als plumpeste Ententemache bezeichnet werden, bestimmt, neben dem Hauptzweck der Veröffentlichung einen Nebenzweck zu erfüllen.

Wir meinen damit durchaus nicht den „Friedensgedanken“ von einem „vollkommen unabhängigen und selbständigen“ Russisch-Polen unter einem eigenen Monarchen. Was von geschichtlichen und politischen Gesichtspunkten über eine Lösung der polnischen Frage durch Erheben Russisch-Polens zu einem vollkommen unabhängigen und selbständigen Staate zu denken ist, die schweren Einwände gegen einen solchen „Pufferstaat“ hat schon in seiner bekannten und vielbeachteten Schrift über die polnische Frage Herr Prof. Moritz v. S t r a s z e w s k i ausführlich dargelegt. Es bedürfen hier die Argumente keiner Wiederholung, daß nur der innigste Verband Polens mit den Zentralmächten — und wir stellen uns diesen Verband als eine möglichst organische Vereinigung polnischer Staatlichkeit mit dem Komplex der Habsburger Monarchie und ihrer freien Völker vor und streben dies mit allen Kräften und durch die freiwillige Kriegstat der Legionen an — das volle Maß der Sicherheit für die Zukunft bringt gegen alle Eroberungsgelüste Rußlands. Trotz solcher klaren Richtung der polnischen Realpolitik können aber selbstverständlich niemandem andere „private Gedankengänge“ über die Lösungsmöglichkeiten der polnischen Frage und das Anempfehlen solcher Lösungen verwehrt werden. Das Verdächtige an diesen jetzt wieder aus „angeblich unterrichteten deutschen Kreisen“ über die Schweiz durch ein Ententefilter zu uns kommenden Gedanken ist vielmehr der — Zoll, den er an die Entente hat entrichten müssen. Die Bedingung von einer Kriegskontribution, die das neue „vollkommen unabhängige und selbständige“ Polen an Deutschland zu zahlen hätte, auf gleichen Grundlagen wie Belgien, also jährlich, ist ganz offenbar eine von der Entente ersonnene Auflage. Ein Trick, der bezweckt, die so mühsam errungene, so glücklich fortschreitende Konsolidierung der politischen Ideen im Königreiche Polen durch noch eines jener böartigen Gerüchte zu stören, die seit Kriegsbeginn unablässig die öffentliche Meinung dort verwirren und ermüden. Nach dem lockenden Rattenfängerliede des großfürstlichen Manifestes läßt da ein Rattenfänger in Zürich schrille Schreckenstöne hören, in der Hoffnung, die Angst vor einer mit jährlichen Kriegskontributionen belasteten „vollkommenen“ Unabhängigkeit und Selbständigkeit werde die Polen in die schützenden Arme Rußlands zurücktreiben!

Was die polnischen Lande in diesem Weltkriege durch kriegerische Taten und kriegerische Leiden, aktiv und passiv, auf sich haben nehmen müssen, ist sattsam bekannt. Auch über die Zukunft geben sich die Polen keinerlei Täuschungen hin. Sie wissen, daß sie in nicht geringerem Maße als die übrigen Völker Mitteleuropas Geld und Mannschaften werden beisteuern müssen, um die künftigen Gestaltungen zu schützen. Aber sie werden sie freiwillig schützen als eines ihrer kostbarsten Güter, und sie werden alles, was sie da tun, als freiwillige, nationale Gabe an den gemeinsamen Kultur-Wehrschatz der Menschheit betrachten und nicht als erzwungene Kriegskontribution. Wenn es den Russen Freude gemacht hätte, wenn es ihnen einen Friedensschluß erleichtert hätte, zu glauben, daß auch in Zukunft die Polen unter Zwang bleiben würden, daß sie nicht freudigen und frohen Herzens die Freiheit gegen Rußland verteidigen werden, die ihnen bei Kriegsbeginn die Zentralmächte verkündet haben, dann hätten die Polen das Wort „Kriegskontribution“ in einem künftigen Friedensinstrumente ruhig hingenommen. Es wäre ein sinnloses Spielzeug

gewesen, dem Caliban unter den Völkern als besänftigende Gabe in einer für ihn schweren Stunde hingeworfen — nicht mehr. Nach nahezu anderthalbjährigem Weltkriege ist ein solches Wort, das nach Polen gerufen wird, und mag der Rufer sich noch so sorgsam maskieren, nur als ein rachsüchtiges Droh- und Schreckgeschrei des endlich von seinem Opfer losgerissenen Peinigers erkennbar. Völker, die keine Schuld trifft am Weltkriege, die mit schweren freiwilligen Opfern an Gut und Blut die Freiheit ihrer Entwicklung zu erkaufen hoffen, zahlen keine „Kriegskontribution“. Sie sind bereit, den Strom von Menschen und den Strom von Gold ununterbrochen dorthin zu lenken, wo das gemeinsame Interesse es erheischt, denn sie wissen, daß sie es zur Wahrung ihrer heiligsten Güter zu tun haben. Doch dieses Opfer selbst ist viel zu heilig, als daß man es dem hundertjährigen Unterjocher in einem anderen als in seinem wahren Lichte darstelle.

Das haben die Rattenfänger von Zürich, als sie die Schreckmelodie von der Kriegskontribution in ihre „Friedensgedanken“ einflochten, um die Polen, wie sie gerne glaubten, in der Stetigkeit des polnischen Friedensgedankens zu stören, nicht genügend bedacht. Um so dringender erheischt es der im Königreiche Polen erweckte real-politische Sinn, daß die dortige öffentliche Meinung vollauf erfasse, wie sehr die nachdrückliche Berliner Warnung vor der Zürcher Irreführung auch ihr selbst gilt, weil diese lediglich privaten Gedankengänge nicht als Ausgangspunkt für eine ernste Diskussion über die Ansichten leitender deutscher Kreise dienen können. Wenn die Zürcher Veröffentlichung den Hauptzweck verfehlen mußte, Deutschland als nach Frieden um jeden Preis lechzend hinzustellen, so muß sie auch den Nebenzweck verfehlen. Das russische Zuckerbrot lockt die Polen längst nicht mehr; um so weniger kann sie eine Peitsche russischer Erfindung schrecken, die da so dumm-dreist in eine fremde Hand gelegt wurde. Wer immer der Rattenfänger von Zürich ist — ein Erfolg wird ihm in Polen nicht blühen.

Die Einheit Mitteleuropas als kulturpolitisches Ziel.

Von **Andrzej Boleski.**

(Schluß.)

IV.

Die zwei Gesamtbilder der mitteleuropäischen Zukunft, die bisnun in der deutschen politischen Literatur entworfen worden sind, nämlich die schon erwähnten Schriften *Liszts* und *Naumanns*, sind miteinander in allem Wesentlichen einig. Nur in Form und Charakter bieten sie recht verschiedene Ansichten dar. Die erste, kurz und bündig, als Flugschrift verfaßt, ist in vielem bloß eine Ankündigung der zu erscheinenden Facharbeiten über einzelne Probleme des großen Planes.*) Die andere dagegen ist ein groß angelegtes Werk (299 S.), mit sichtbarem Versuch, allen im Thema eingeschlossenen Fragen an den Leib zu gehen, sie gründlich zu erörtern. Ideologe und Wirtschaftspolitiker, Historiker, Moralist, Statistiker und Bibliograph treten uns in der Person des Verfassers entgegen. Sein Buch ist belehrend und anregend, zwingt uns in das Reich der „trockenen Zahlen“ ein und reißt uns stellenweise durch Kraft des Gefühles hin. Es ist ein schweres Buch und ein interessantes zugleich.

Merkwürdig ist aber bei alledem, daß diese Schrift doch viel vorsichtiger ist, als die von *Liszt*. Der wortkarge, nüchterne Gelehrte geht in manchen wichtigen Fragen bedeutend weiter, zeichnet Kreise von viel größerem Radius um den Mittelpunkt der Idee herum. *Naumann* ist sich seiner Vorsicht wohl bewußt, sie ist bei ihm absichtlich und planmäßig. Er gibt sogar die Flugschrift seines Mitkämpfers nicht in der Bibliographie an und läßt nur einmal, ohne den Namen zu nennen, erkennen, daß er solches „Spiel mit Möglichkeiten“ für schädlich hält (S. 180), „weil es fast immer einseitig deutsch gedacht ist und nicht berücksichtigt wird, daß zum Vertragsschließen mindestens zwei gehören, von denen jeder seine eigenen Interessen und Sorgen hat.“ Nichtsdestoweniger sieht man klar ein, das, was der „kühne Denker“ (*Liszt*) zum Ausdruck bringt, doch der geheime Wunsch des vorsichtigen Politikers ist. Dieser ist mit bescheidenen Anfängen zufrieden, aber er versteht es auch, daß die Idee selbst viel umfangreicherer Rahmen bedarf. Der Unterschied liegt darin: *Naumann* will „das Eisen schmieden, so lang es heiß ist“:

*) *S. Naumann o. c. Bibliographie.*

„denn nur im Krieg sind die Gemüter bereit, große umgestaltende Gedanken in sich aufzunehmen.“ Liszt sieht das Ganze vielmehr als das nächste Ziel der deutschen Politik nach dem Kriege. Der objektive Tatbestand gibt dem Politiker vor dem Gelehrten recht. Dies wird von dem ersten großen Kongreß der industriellen und Handelswelt Deutschlands und Oesterreich-Ungarns (in Dresden, November 1. J.) klar bezeugt. Die Anfänge müßten selbstverständlich in den beiden am innigsten verbündeten Zentralmächten zustande kommen und auch bloß in den wirtschaftlich am meisten interessierten Kreisen. *)

Wenn wir hier näher auf die charakteristischen Züge der beiden Schriften eingehen, so geschieht das in erster Reihe wegen eines wohl begründeten Umstandes. Es sind nämlich die Charakterzüge der Gesamtheit, die die beiden namhaften Vertreter der mitteleuropäischen Idee unbewußt zum Ausdruck bringen, und zwar jener Gesamtheit, die ohne Zweifel über den Geist und die Verwirklichungsweise der Idee zum großen Teil entscheiden wird. Aus demselben Grunde sind auch alle bisher hervorgehobenen Merkmale der ganzen Bewegung von besonderer Wichtigkeit. Hier sei noch Eins betont. Naumann erscheint uns, wie gesagt, in seinem Werke als eine vielfach zusammengesetzte Persönlichkeit. Dies verpflichtet uns auch sein Buch mit großer Genauigkeit zu lesen, damit aus dem Vielfachen die notwendige Einheit hervorleuchte. Denn was der Verfasser vom „Geschichtsschreiber als dem Erzieher sagt“, das gilt eben von ihm selbst: daß man „rechts von ihm den Philosophen und links den Dichter“ sieht. Dieser letzte aber wächst ihm zuweilen über den Kopf und reißt ihn zu begeisterten Aeußerungen hin, die stilistisch dem Werke nur zum Heil gedeihen, die Idee aber in poetische Nebel hüllen.

Hier ein Muster dieser mitteleuropäischen Poesie:

„. . . . Es gab . . . eine besondere mittelalterliche mitteleuropäische Lebens- und Kulturgemeinschaft . . . Die Deutschen füllten die Mitte Mitteleuropas, an allen ihren Rändern aber zogen sie benachbarte Völker an sich heran: das heilige Reich deutscher Nation. Dieses

*) S. die interessante Erörterung dieser Frage vom Standpunkte des Proletariats in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, 1. und 2. Dezember 1915.

alte Reich zuckt und stößt jetzt im Weltkriege unter der Erde, denn es will nach langem Schläfe wieder kommen Ballten sich nicht die Wolken am Himmel über den Karpathen und über Antwerpen, als ob uralte Rosse und Reiter sich zu grüßen suchten? Das alles war schon einmal ein Reich! Jetzt ist es nur erst der Traum eines Reiches. Was aber, meine Freunde, was wird es morgen sein?“*)

Was wird es morgen sein? — wiederholt die Frage (der Ton macht die Musik) jener andere Vertragsschließer, der ja „seine eigenen Interessen und Sorgen hat“ . . .

Da ist doch die mitteleuropäische Prosa, die Naumann mit großer Kraft und Klarheit zu sprechen versteht, viel erwünschter: sie gibt nicht Raum für bedenkliche Zweideutigkeit. Dagegen drückt sich der einer „zügellosten Phantasie“ bezüchtigte Liszt über diese hochwichtige Frage ruhig und deutlich aus: „In dem mitteleuropäischen Staatenverband hat das Deutsche Reich eine vornehme und dankbare Aufgabe zu erfüllen. Nicht als Träger einer Hegemonie, die mit der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Verbandsmitglieder unvereinbar ist. Aber als der Hort des Friedens. Primus inter pares: nicht in den Rechten, die es für sich beansprucht, sondern in den Pflichten, die es für diesen übernimmt.“

V.

Warum es sich also in der mitteleuropäischen Bundsidee handelt, ist eine neue Organisation der zwischenstaatlichen Beziehungen, ein „Ueberbau“ über die bisherige Einzelorganismen, sogar, wie das Naumann einmal bezeichnet, ein „Oberstaat“. Es sollten also gewisse Angelegenheiten des staatlichen Lebens, die bisher in einer, übrigens vorwiegend illusorischen, Abgeschlossenheit geregelt wurden, in den Bereich der neuen Ge-

*) O. c. S. 41 und 42. In den vorangehenden Zeilen heißt es: „Es war sogar eine Zeit, da galten auch Warschau und Krakau als zur Hansa gehörig.“ — Ueber das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ schreibt in Naumanns „Hilfe“ (Nr. 48, 1915) Eugen Rosenstock und stellt fest: „Der Zusatz ‚Deutsche Nation‘ sollte nicht den Deutschen die Vorherrschaft im römischen Kaisertum zuerkennen, sondern nüchtern einen bestimmten geographisch begrenzten Teil des Reichs ausdrücken. Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation besagte, daß nur von den deutschen Landen und Ständen des Gesamtreichs die Rede sei.“

meinschaft treten. In diesen Angelegenheiten müßte also die gegenwärtige Unabhängigkeit einer Beschränkung unterliegen, die aber alle Verbandsmitglieder insgesamt treffen würde, also prinzipiell gegenseitig wäre. Zu der bisherigen Stufenleiter der Abhängigkeiten: Individuum, Gesellschaft (Nation), Staat — tritt somit die oberste Stufe hinzu: Staatenverband.

Wie auch dieses Zukunftsbild dem Grundsatz „klein und allein“ widerspricht, so ist es doch mit keiner größeren Absage verbunden, als es das bislang bestehende Abhängigkeitsverhältnis erfordert. Verschiedene, auch gegenwärtig geltende internationale Verträge und Organisationen sind darin ein hinreichend aufklärendes Vorbild. Aber besonders viel Licht auf die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen dem Staate und dem neuen Gebilde gestalten würde, wirft das heutige Verhältnis zwischen Staat und Nation.

Es ist in politischen Schriften, die während des Krieges erscheinen, eine fast allgemein ausgesprochene Ueberzeugung, daß der „Staatsgedanke“ eben in diesem Kriege einen entscheidenden Sieg über den „nationalen Gedanken“ errungen habe. Und zwar vor allem darin, daß der Staat sich stärker als alle nationalen Sondertendenzen erweise, und was daraus folgt, daß sich Nationseinheit nicht als die unbedingte Grundlage der staatlichen Stärke bewiesen habe. Somit wäre der alte Grundsatz des Nationalstaates beseitigt und der Nationalitätenstaat tritt als das Vorbild der Zukunft auf diesem Gebiete auf.

Der Zusammenhang dieser Frage mit der Idee eines Staatenbundes ist in Wirklichkeit sehr innig. Auch hier handelt es sich um eine genaue Scheidung der Kompetenz. Und in beiden Fällen ist es von gleichem Belang einzusehen, inwiefern der „Sieg“ der umfangreichen Gesamtheit die Bedeutung oder die Rolle des in ihr eingeschlossenen Einzelorganismus beeinträchtigt. Vor dem Kriege nämlich, konnte überall die Tatsache festgestellt werden, daß es eben die nationalen Bestrebungen waren, die über die Idee eines Staates gewachsen oder in ihrer nationalistischen Verwirklichung ihr eigenes Ziel verfolgten. Je nach den vorhandenen Möglichkeiten, bezweckten die Nationen ein neues Staatsgebilde für sich oder einen entsprechenden Anteil an dem bereits bestehenden Staate. Und überall steigerte

sich die Emanzipationskraft der unterjochten Völker und selbst halb vergessene, halb dem Untergang geweihte Völker erwiesen erstaunliche Lebenspotenz, machten in der alteuropäischen „Harmonie“ ihre Stimme vernehmbar.

Folgende kräftige Worte sind von keinem nationalen „Chauvinisten“ ausgesprochen worden, sie sind einem der vielen bemerkenswerten Aufsätze entnommen, die Dr. Karl Renner dem Problem „Nation und Staat“ in der „Arbeiter-Zeitung“ widmet:

„Ueber Mitteleuropa sind seit tausend Jahren, seitdem die Besiedlung des Landes abgeschlossen ist, unendlich viele Stürme hinweggerast. Die nationalen Siedlungsgebiete sind jedoch immer fester geworden, sie ändern sich in den letzten Jahrhunderten immer weniger und die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte insbesondere zeigen, daß die angestrengtesten Versuche der Entnationalisierung ganz vergebens sind. Mehr Druck, als die Preußen auf ihre polnischen, die Magyaren auf ihre anderssprachigen Volksgenossen ausgeübt haben, ist kaum erdenklich. Wenn aber der Versuch des unendlich starken, mit beispielloser staatlicher Uebermacht ausgerüsteten Deutschen Reiches, unbeträchtliche Randgebiete einzuschmelzen und zum reinen Nationalstaat zu werden, gescheitert ist, wenn selbst dieser Versuch heute als undurchführbar erkannt und aufgegeben wird: welchen anderen Beweis will man noch, daß Nationen unzerstörbar geworden sind? Andererseits zeigt uns die Geschichte der Tschechen, und besonders der Ukrainer in Oesterreich, daß sich Volksstämme, die völlig untergegangen schienen, trotz der allerstärksten staatlichen Hemmungen in unbändiger Werdelust wieder emporarbeiten.“*)

Daraus wird vom Verfasser, wie überhaupt von den Anhängern des Staatsgedankens, zweifaches gefolgert: Erstens, daß „sich die Grundfunktionen des nationalen Lebens jenseits des Staates vollziehen, daß die letzten Bestimmungsgründe des nationalen Lebens außerhalb des Staates, außerhalb politischer Willkür liegen“ (l. c.) — und zweitens, daß somit ein Nationalstaat keine Notwendigkeit ist und das natürliche Verlangen nach der politischen Gewalt auch

*) „Der Anteil der Nationen am Staate“ (Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 3. November 1915).

für eine hinreichend entwickelte Nation sich in vielen Fällen vorteilhafter im Nationalitätenstaat verwirklicht, „der im Wesen übernational und mehr ist als ein bloßes Mittel der Nation“ (l. c.).

Es ist also in Wirklichkeit eine Kompetenzfrage zwischen zwei Organisationsstufen, die sich zueinander ebenso, wie Staat und Staatenverband, verhalten. Aber es fällt auch als unbedingte Tatsache auf, daß in ihrem Verhältnis die Nation als die grundlegende und über die Macht der umfangreicheren Gesamtheit entscheidende Größe erscheint. Der Staat muß nämlich entweder eine nationale Einheit oder eine freie Zusammenfassung nationaler Einheiten sein. Eine Ausschaltung dieser Einheit aus dem gemeinsamen Staatswesen ist nicht mehr möglich.

Nur unter diesen Voraussetzungen kann hier der Trieb nach eigener Staatsgewalt in gewissen Fällen hinreichend gesättigt werden. Ein Nationalitätenstaat soll nämlich ein internationaler, zugleich aber ein gesamt-nationaler (im Bereich der eingeschlossenen Nationalitäten) sein. Der „Sieg des Staatsgedankens über den nationalen Gedanken“ erscheint in dieser Lage bloß formell. Im Gegenteil, wenn all diese Bedingungen verwirklicht sind, gewinnt eine selbst nicht vollkommen entfaltete Nation auch nach außen hin eine Bedeutung, die sie, verhältnismäßig, allen anderen gleichstellt.

Wir brauchen nicht ins Gedächtnis zu rufen, daß die gegenwärtige Gestaltung dieser Frage weit von dem Ideal, das uns die „Etatisten“ vormalen, entfernt ist. Das Streben nach einem besonderen, in sich abgeschlossenen Staatswesen ist durch die bestehenden Verhältnisse besonders stark geworden. Man sieht doch, wie der kleinste Nationalstaat viel gewichtiger in der allgemeinen Politik auftritt, als selbst eine große, staatslose Nation. Aus dem Bereiche der Politik ist diese Tatsache auf das Gesamtgebiet der Kultur übergangen. Beispiel — die sogenannten „internationalen“ Kongresse, die in ihrer überwiegenden Mehrheit bloß zwischenstaatlich waren.

Ohne eingehende Aenderung dieses Sachbestandes muß die mitteleuropäische Einheitsidee nur im Reiche der Wünsche verbleiben. Jeder Versuch, sie in bestehenden Verhältnissen zu realisieren, weckt nur wohl verständliches Mißtrauen. Nicht anders denken auch darüber (wie bereits oben dargelegt wurde) die Ver-

künder der Idee selbst. Sie haben es sogleich begriffen, daß, um die neue Organisationsform aufzustellen, vor allem eine in dem Geiste der Einheitsidee entsprechende Umgestaltung der bestehenden vonnöten sei. Der gegenwärtige Nationalitätenstaat ist in erster Reihe dazu berufen, ein Vorbild des einzurichtenden Verbandes zu werden.

Der einzige wirkliche Nationalitätenstaat in Europa, die österreichisch-ungarische Monarchie, ist es bis jetzt noch nicht: „Wir sind national zehn Völker, die allesamt nacheinander zu politischem Selbstbewußtsein erwacht sind und ihren Anteil an der Staatsgewalt fordern, zum Teil auch erobert haben. Wo aber ist der rechtliche Ausdruck für diese Tatsache? Wir heißen nicht ‚Vereinigte Donauvölker‘ . . . , wir heißen Oesterreich-Ungarn (Dr. Karl Renner: „Oesterreich, was es ist usw.“. „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. Juli 1915. Siehe auch „Polen“, Nr. 30 „Vom Lesetisch“). Derselbe Verfasser kommt noch auf diese Frage zurück und schreibt in demselben Blatt vom 5. November 1915 unter dem Titel: „Die Nationen und die Verfassung“:

„Gibt es in Oesterreich überhaupt Nationen? Diese Frage verblüfft wohl. Kann es wirklich jemandem geben, der das Dasein von Nationen in Oesterreich ernsthaft bestreitet? Nachdem der Kampf der Nationen um den Staat die letzten fünfzig Jahre beinahe allein ausgefüllt hat, scheint doch ausgeschlossen, daß dieses anerkannte Grundproblem des österreichischen Staates jemandem ganz entgangen und die Grundtatsache unseres politischen Lebens jemandem verborgen geblieben ist? Trotzdem gibt es einen sehr wichtigen Faktor unseres öffentlichen Lebens, der den Bestand von Nationen gar nicht kennt, dem es verborgen geblieben, von dem er bestritten wird: und das ist unsere Gesetzgebung.“

„Von Rechts wegen besitzen wir keine Nationen. Unsere Gesetzgebung kennt nur Individuen verschiedener Sprache, nur einzelne, zusammenhanglose Untertanen mit vorausgesetzter Muttersprache oder Verkehrssprache; selbst diese Sprachbeherrschung ist rechtlich nicht umschrieben wie etwa die Konfessionszugehörigkeit, die in den Taufmatriken festgelegt ist. Die Gesetzgebung verleiht den Sprachen Rechte; aber eine

Sprache kann ebensowenig ein Recht haben wie eine Hautfarbe, eine Charaktereigenschaft, ein Baum oder die Himmelsbläue. Nur physische oder juristische Personen (organisierte Menschengesamtheiten) können Träger von Rechten und Pflichten sein. Unsere Rechtsordnung weicht bis heute dem Problem der Nation gefilissentlich aus, drückt sich um dieses auf Schleichwegen herum.“

Die „Aenderung der volklichen Grundlage des Staates“ fordert also — und das ist die Schlußfolgerung Dr. Renners — „daß die Nationen in die Rechtsordnung organisch eingefügt, das heißt also zunächst autonom organisiert und außerdem zum Ganzen zusammengeschlossen werden als „die verbündeten Nationen Oesterreichs“ (l. c. unsere Unterstreichungen).

In diesem Lichte stellen sich alle außergewöhnlichen Schwierigkeiten des mitteleuropäischen „Ueberbaus“ erst recht deutlich dar. Wohl gemerkt, wenn wir darunter etwas mehr als eine Industrie- und Handelsfrage verstehen. Und das wollen und müssen wir, wenn wir die Idee Liszts und Naumanns richtig auffassen. Da muß gewiß zuerst auf dem engeren Gebiete ins Leben gerufen werden, was Naumann für ganz Mitteleuropa fordert: „Die Befugnisse des Staatenverbandes, der Staaten, der Unterstaaten, der Kreise, der Gemeinden, der geographischen Gebiete, der volklichen Gemeinschaften, der religiösen Verbände, der Wirtschaftsorganisationen, Arbeitergruppen, Gewerkschaften, Ideenvertretungen, Parteien müssen biegsam gegliedert werden, so daß Mitteleuropa bei vollendeter Organisiertheit eine weite Heimat freier Beweglichkeit sei.“

Es ist aber auch zweifellos, daß diese in großem Rahmen gestellte Forderung auf geringere Umfangskreise befruchtend und verpflichtend wirkt.

VI.

Selten kann sich eine bessere Gelegenheit darbieten, um einzusehen, wie innig die sogenannte „polnische Frage“ mit dem mitteleuropäischen Lebensstrom verknüpft ist, als eben bei der Betrachtung der Einheit Mitteleuropas. Wir haben bisher ihrer nicht erwähnt, aber, streng genommen, spielt alles Gesagte dieselbe Rolle in der Zukunft Polens, wie der mitteleuropäischen Gesamtheit. Besonders ist aber durch zwei Momente die neue Idee mit

dem seit mehr als einem Jahrhundert ungeänderten polnischen Streben vereinigt. Das eine ist: ihre Neuheit, ihr seelenerneuernder Charakter. Denn alles, was gegen den bisherigen Sachbestand gerichtet ist, muß der fortstrebenden Nation willkommen sein. Hat sie nicht unter ihm das Schrecklichste erlitten? Ist jenes: „wie vorher“ („quod ante“) nicht ihr ärgster Feind? Somit muß sie die Vorzeichen anderer, besserer Beziehungen zwischen den zueinander gehörenden Staaten und zwischen dem Staat und der Nation als eine leise Verkündung ihrer heißesten Wünsche begrüßen. Und es geschieht nur gemäß den höchsten Geboten eigener Geistesführer, die so merkwürdig gut mit realsten Forderungen einer hellsehenden Politik zusammentreffen, wenn sie nach den Worten auch Taten erwartet: denn „erst in der Tat lebt die Idee.“

Als eine Schule besserer Einsicht, auf den oben schon hervorgehobenen Gebieten, ist der Gedanke selbst und seine umfangreiche Propaganda nur erwünscht für eine Frage, die so sehr von der Klarheit der Einsicht abhängt. Das läßt sich schon gewissermaßen fühlen, insofern es im Rahmen innerpolitischer Verhältnisse enthalten ist. Aber die Frage reicht weit über diese Grenzen hinaus und ist so auch in diesem Moment den Verkündern des mitteleuropäischen Bundes nicht klar genug. Liszt erwähnt sie nur: „Zu Mitteleuropa gehört aber auch, abgesehen von einem etwa gebildeten“ usw. Naumann aber äußert sich darüber in einem Absatz, der folgendermaßen beginnt: „Es würde nun an dieser Stelle unserer Arbeit ein Abschnitt über die Polen erforderlich sein, jetzt aber während des Krieges schweben alle polnischen Wirklichkeiten so sehr in der Luft, daß zwar die Polenfrage als erste Hauptfrage in die Erörterung der ‚Kriegsziele‘ gehört, aber noch nicht in die Besprechung des Dauerzustandes von Mitteleuropa.“ Allerdings soll hier, zur richtigen Einschätzung dieser zurückhaltenden Stellung, daran erinnert werden, daß Naumann überhaupt absichtlich nicht über den „Kern Mitteleuropas“, die beiden Zentralmächte, hinausgeht. Aus diesem Abschnitt treten aber besonders zwei Sätze hervor. Der eine, für die vorsichtige Ausdrucksweise des Verfassers charakteristische, Satz lautet: „Es kann sehr wohl sein, daß die Aufrichtung Polens der stärkste Antrieb zur Herstellung Mitteleuro-

pas wird“; der andere: „Sicher aber ist, daß das neue Polen ohne vorhergehenden mitteleuropäischen Staatsvertrag kaum denkbar erscheint.“ (O. c. S. 100. Unsere Unterstreichung.)

Es scheint uns von besonderem Wert, in den Sinn dieser so bündig geäußerten Meinungen einzusehen. Die Ueberzeugung, daß die Polenfrage in diesem Kriege unbedingt gelöst werden müsse, hat Naumann schon öfters ausgesprochen. Sie liegt auch diesen seinen Aeußerungen offenbar zugrunde. Aber dieselbe feste Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer günstigen Lösung drückt er über den zu bildenden „mitteleuropäischen Kern“ aus. So sind ihm die beiden Fragen — beide als Zukunftsfragen — innig zusammengewachsen. Und nicht ohne guten Grund. Denn es ist gewiß, daß das „neue Polen“ eine tief reichende Aenderung der bisherigen Ordnung voraussetzt und erfordert. Desto mehr, als es eine besonders von den zwei Zentralmächten in Erwägung zu ziehende Frage ist und vor allem innerhalb ihres Bündnisses, in beiderseitiger Verständigung gelöst werden muß. Somit ist die Hoffnung wohl begründet, daß, wie auch die Lösung der Frage ausfallen wird, sie als ein starker Antrieb zum engeren Zusammenschluß der beiden Vertragsschließer sich erweisen muß. Und gewiß kann sie eben nur in diesem Charakter den erwünschten Vorteil bringen. Für alle Parteien.

Darin liegt die Hoffnung des mitteleuropäischen Vorkämpfers. Die Schwierigkeiten der polnischen Frage können im gegebenen Moment vor die Augen der entscheidenden Faktoren den „Kern Mitteleuropas“ mit besonderer Schärfe führen. Dieser Moment wird mit der Einsicht kommen, daß jene Frage, allerdings auf diese oder andere Weise, gelöst, das heißt in ganz andere als die bisherigen Bedingungen gestellt werden muß. Da wird sich als notwendig erweisen, zuerst den Untergrund aufzurichten, die Rahmen zu schaffen, um darauf wieder auf das engere Gebiet zurückzukommen, das sich nun in ganz anderem, die anfänglichen Schwierigkeiten milderndem Lichte darstellen wird.

Im Zusammenhang mit der mitteleuropäischen Einheitsidee tritt also die große geschichtliche Bedeutung der Polenfrage noch einmal klar hervor. Weit über die Grenzen abgesonderter natio-

nal Interessen erscheint die freie Zukunft Polens als Förderung des erwünschten Aufstiegs, als der unentbehrliche Bestandteil eines erneuerten Europa.

Für die Polen war diese Tatsache nie einem Zweifel unterlegen. Wir möchten hier aber, der neuen Ideologie Mitteleuropas gegenüber, hervorheben, daß all die Möglichkeiten einer Lösung, die von einer überwiegenden Mehrheit der polnischen Politiker und Denker während dieses Krieges für die Sache ihrer Nation vorgeschlagen waren, sich ausschließlich auf dem Boden jener Ideologie bewegen. Wir müssen uns hier, auf die bloße Erwähnung der auch den deutschen Politikern bekannten Gedanken beschränken, die zum Beispiel in den Schriften der Herren von Studnicki und Feldman, oder in dem ausgezeichneten „Grand Problème International“ des Duma-Abgeordneten Michał Lempicki enthalten sind. Sie sind, in breiteren oder engeren Rahmen eingeschlossen, auf die Grundidee gestützt, dem frei organisierten Mitteleuropa neue, weite Gebiete, neue, starke Geistes- und Wirtschaftskräfte zuzuführen. Darin liegt jenes zweite Moment, in dem die Uebereinstimmung der nie ermattenden polnischen Strebungen mit der mitteleuropäischen Einheitsidee aufleuchtet. Gegen den eigentlichen Osten und dem europäischen Zentrum zu wendet sich die politische Ideologie Polens. Was ist das wohlbekannte Postulat des Obersten National-Komitees anderes, als ein Stück einheitlichen und vereinigten Mitteleuropas? Durch Verwirklichung dieses Postulates ist zweifellos der erste entscheidende Schritt zu den „verbündeten Donauvölkern“ gemacht. Was diese aber für den mitteleuropäischen Bund bedeuten, das weiß auch Naumann, obwohl er, wie wir gesehen, sich manchmal von seinem dichterischen Trieb hinreißen läßt, doch richtig einzuschätzen.

Die Verwirklichung unseres Postulates ist aber auch in anderer Hinsicht für die neue Ideologie Mitteleuropas von sehr erwünschten Folgen. Sie würde eben manche jener bedenklichen Unklarheiten verscheuchen, sie würde den gewiß entbehrlichen Drang beseitigen, einen der mitwirkenden Faktoren über notwendige Grenzen hinaus zu erheben. Dagegen wird sie gewiß die Kulturmenschheit dem fernen Ideal näher bringen: Der Völker- verbrüderung.

Der „Pester Lloyd“ über die „Friedensgedanken“.

Dem „Pester Lloyd“ wird aus Wien unter dem 31. Dezember telegraphiert:

Die deutsche Presse hat bereits zu dem von der „Neuen Zürcher Zeitung“ unter dem Titel „Friedensgedanken“ veröffentlichten Artikel Stellung genommen und den Anspruch, daß er die Auffassungen maßgebender deutscher Kreise über die anzustrebenden Friedensziele wiedergebe, mit einer Entschiedenheit abgelehnt, die in den amtlichen Zurückweisungen des Artikels ihre Bestätigung fand.

Von Oesterreich - Ungarn war in dem Aufsatz des schweizerischen Blattes mit keinem Wort die Rede, obwohl doch nachgerade allgemein bekannt sein dürfte, daß die beiden verbündeten Mittelmächte den Krieg nicht nur militärisch, sondern auch politisch in lückenloser Uebereinstimmung führen und nicht erst eigene Verträge, wie der Verband, notwendig hatten, um sich gegenseitig ein den gemeinsamen Interessen entsprechendes gemeinsames Vorgehen beim Friedensschluß zuzusichern. Schon die auffällige Nichterwähnung der Monarchie genügte, um die schweizerische Veröffentlichung als unsächlich zu erkennen. Darauf hat bereits eine deutsche Zeitung mit der treffenden Bemerkung hingewiesen, der Artikel sei schon aus dem Grunde als ein vollkommener Unsinn anzusehen, weil darin nur von deutschen, nicht auch von österreichisch-ungarischen Friedensbedingungen die Rede sei. Immerhin war, da der Artikel des Züricher Blattes nun einmal sich mit großer Bestimmtheit als die Wiedergabe von Meinungen deutscher Persönlichkeiten ausgab, bei der Zurückweisung der deutschen Presse der Vortritt zu lassen. Es wird jedoch nicht überflüssig sein, durch Vervollständigung der Abfuhr, die sich die Züricher „Friedensgedanken“ bereits von dieser Seite geholt haben, den Neutralen nunmehr auch ausdrücklich zu sagen, daß man in Oesterreich-Ungarn ebenso wie in Deutschland den Friedensartikel sogleich als eine Windbeutelei betrachtet hat und daß es selbstverständlich keiner der maßgebenden Persönlich-

keiten der Monarchie je einfallen könnte, sich mit den in dem Schweizer Blatt ausgebrüteten Friedenszielen zu identifizieren.

Sicher aber wird man nicht irgehen, wenn man den Artikel als einen Versuch auffaßt, der von der Entente oder von ententefreundlicher Seite unternommen ward, auf den Busch zu klopfen und Erwiderungen von seiten der Mittelmächte hervorzulocken, durch die man hinter deren Pläne und Meinungen zu kommen erwartete. So viel können wir aber wohl, ohne uns in Einzelheiten einzulassen und dadurch den mutmaßlichen Zweck des schweizerischen Artikels zu fördern, sagen, daß er eine ganze Reihe von Dingen enthält, die von unserem Standpunkte unbedingt unannehmbar sind. Wie wenig bewandert der Verfasser des Aufsatzes in den tatsächlichen Verhältnissen ist, wollen wir nur an einem einzigen, verhältnismäßig harmlosen Punkt aufzeigen, daran nämlich, daß er unter anderem auch von einer Kriegskontribution spricht, die Polen auf gleicher Grundlage wie Belgien an Deutschland zu entrichten hätte. Er scheint also von der Ansicht auszugehen, daß die Mittelmächte Polen als feindliches Land betrachten und zu behandeln denken. Davon kann, abgesehen von dem Umstande, daß dieses unglückliche Land durch den Krieg völlig ausgesogen ist, selbstverständlich nicht die Rede sein. Oder sollte die Entente, deren Staatsmänner ja schon zu wiederholten Malen sich gegen den Gedanken einer ihren Ländern aufzuerlegenden Kriegsentschädigung auflehnten, unsere Aufmerksamkeit in so dummschauer Weise auf Polen und das polnische Volk ablenken wollen? Den hundertmal entlarvten Gönnern der schwachen Staaten und Völker wäre ein solcher Einfall wohl zuzutrauen.

Die Beachtung, die der Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ unverdientermaßen gefunden hat, ist wohl darauf zurückzuführen, daß die deutsch-schweizerische Presse im allgemeinen im Verlauf des Krieges den Anspruch, ernst genommen zu werden, erworben hat. Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat aber von dieser geachteten

Stellung ihrer Kollegen unerlaubten Gewinn gezogen. Wie wenig gerade die „Neue Zürcher Zeitung“ geeignet wäre, als Dolmetsch von Auffassungen der Zentralmächte zu gelten, geht daraus hervor, daß sie von schweizerischen Banken erhalten wird, in denen hauptsächlich englisches Kapital arbeitet. Die Tätigkeit dieser Banken steht im übrigen mehr damit im Zusammenhang, daß ein recht großer Teil des schweizerischen Exports in Stickerei, Schokolade usw. nach England geht. Auch dienen diese Banken der Vermittlung des Geldverkehrs für die zahlreichen Engländer, die sich alljährlich als Touristen in der Schweiz aufhalten. Aus diesen Ver-

bindungen des Blattes ist es wohl zu erklären, daß es während des Krieges eine ententefreundliche Haltung eingenommen hat. Bemerkenswert ist auch, daß es unter den deutschschweizerischen Blättern die wenig neidenswerte Spezialität der Parteinahme für Italien pflegt. Jedenfalls steht es fest, daß der Verfasser des Artikels in der „Neuen Zürcher Zeitung“ weder über die Auffassungen österreichisch-ungarischer, noch über die reichsdeutscher maßgebender Kreise unterrichtet ist. Damit dürfte die Angelegenheit für unsere und die neutrale Öffentlichkeit abgetan sein.

Die Legionen auf dem Kampffelde.

Die Auszeichnung der Legionäre durch Kaiser Wilhelm.

Auf Vorschlag des Armeekommandanten von Linsingen wurde eine Reihe von Offizieren und Soldaten der polnischen Legionen vom Kaiser Wilhelm mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet.

Der Kommandant der Legionen FML. von Durski spricht darüber in einem Tagesbefehl wie folgt:

„Diese hohe, sowohl den Offizieren, wie den Soldaten, für einen kurzen Zeitabschnitt der im Verbande mit der tapferen und siegreichen deutschen Armee durchgeführten Operationen zuerkannte Auszeichnung ist der deutlichste Ausdruck der fachlichen Anerkennung für die Schlagfertigkeit, Tapferkeit und die polnische Unbeugsamkeit, die in den Reihen der jungen polnischen Legionen allseitig vorherrschen. Der traditionelle Name der im Kampfe unerschrockenen Krieger, wurde von einer mutigen Generation ererbt, die nach wie vor die befreiende und siegreiche Legionsstandarte dahintragen wird über die Heimatsflur, zum Stolz und Ruhm fürs Vaterland.“

Bischof Bandurski bei den Legionen.

Weihbischof Dr. Władysław Bandurski, der sich durch seine patriotische und humanitäre Wirksamkeit zugunsten der polnischen Legionen und der Kriegsflüchtlinge in Wien besonders hervorgetan hat, weilt gegenwärtig an der Front bei den polnischen Legionen.

In einem an die rekonvaleszenten Legionäre in Wien zu Weihnachten gerichteten Schreiben spricht Bischof Dr. Bandurski den Wunsch aus, der grimmigste Feind des polnischen Volkes möge nie mehr in die von ihm befreiten Lande zurückkehren.

Dr. Edmund Szalit †.

Kürzlich fiel auf dem Felde der Ehre Dr. Edmund Szalit im 31. Lebensjahr als Zugskommandant im II. Regiment der II. Brigade der polnischen Legionen. Er stammte aus Tarnopol und gehörte schon als Gymnasiast der Organisation „Promieniści“ („Die Strahlenden“) an und nahm als junger Rechtshörer tätigen Anteil an der sozialistischen Bewegung in Lemberg. Er war Mitarbeiter der Lemberger sozialistischen Tageszeitung „Głos“ („Die Stimme“). Als im Jahre 1907 im Parlament zum erstenmal ein Klub polnischer sozialdemokratischer Abgeordneter gebildet wurde, wurde Dr. Szalit Beamter dieses Klubs. Intelligent und gebildet, lebhaften Temperamentes, über bedeutendes Rednertalent verfügend, von schöner Gestalt und angenehmen gesellschaftlichen Umgangsformen, heiter und witzig, erwarb er sich die Sympathien aller. In der letzten Zeit vor dem Krieg war er Advokaturkonzipient in Dąbrowa bei Tarnów. Nach Ausbruch des Krieges trat er unverzüglich in die Reihen der Schützen ein. Kurze Zeit war er dem Büro des Obersten Nationalkomitees zugeteilt, aber er wollte nicht im Bürodienst verbleiben und sehnte sich, an die Front zu kommen und für Polen zu kämpfen. Er trat in die zweite Wiener Kompagnie der Legion ein, mit der zusammen er dem Ergänzungsbataillon zugeteilt wurde.

Bei seinen Kameraden ebenso wie bei den Soldaten seines Zuges sehr beliebt, gelangte er mit der Kompagnie in die Karpathen. Dort übernahm er das Kommando der dritten Kompagnie des Ergänzungsbataillons. Bei Kirlibaba schlug er sich am 22. Jänner v. J. sehr tapfer. Er wurde Adjutant des Bataillonskommandanten. In einer Reihe von Gefechten zeichnete sich Dr. Szalit durch seinen Mut aus und in der denkwürdigen Schlacht bei Rokitna wurde er während eines Infanterieangriffes am Halse schwer verwundet. Nach einigen Wochen genes er, kehrte wieder an die Front zurück und teilte weiterhin die Geschicke der II. Brigade. In Volhynien fand er auf dem Kampffeld den Heldentod. Es betrauern ihn nicht allein die Offiziere und Soldaten seines Regiments, sondern auch weite Kreise seiner Parteigenossen.

Die polnischen Legionäre in Budapest.

Die Sammel- und Transportstation.

Wir lesen im „Neuen Pester Journal“ vom 19. November:

Es ist eines der ältesten Häuser Budapests, in dem die Sammel- und Verteilungsstelle der polnischen Legionäre ihr Heim aufgeschlagen hat, das Haus Museumring Nr. 11, eines jener wenigen Gebäude, die sich aus dem alten Pest in die Gegenwart herübergerettet haben. Das sieht man schon an dem hohen, schwerfälligen, morsch gewordenen hölzernen Tor, das in allen Fugen kracht, an den kleinen Fenstern, den morschen Fensterrahmen und an der längst aus der Mode gekommenen altertümtlichen Fassade. Aber trotz seines hohen Alters hat das Gebäude seine Vornehmheit bewahrt und wenn man den geräumigen Hof betritt und ein wenig Umschau hält, gewinnt man den Eindruck, daß diese Räume dereinst von einer vornehmen Familie bewohnt waren. Eine noch immer imposante, breite, steinerne Treppe führt in das erste Stockwerk und der breite Korridor ist von einem gußeisernen, mit Verzierungen versehenen Geländer umgeben. Auch die Zimmer erinnern an einstige Eleganz und Vornehmheit, namentlich die uralten, breiten Kamine mit ihren wohl erhaltenen Fresken und die goldverzierten Plafonds.

In diesem alten aristokratischen Palais, das heute Eigentum des Barons Franz Révay ist und und das vor einigen Jahren von dem päpstlichen Protonotar Grafen Peter Vay bewohnt war, befindet sich die Sammel- und Transportstation der polnischen Legionäre, die sich seit Beginn des Krieges in Budapest aufhalten. Die Einweihung wurde seinerzeit vom Fürstprimas Dr. Johann Csernoch in Anwesenheit des Lemberger Suffraganbischofs Bandurski, des Budapester Stationskommandanten Baron

Lilienhof, des Obersten Ritter v. Mirka, des Barons Albert Niáry, des Präsidialchefs des polnischen Nationalkomitees Grafen Michailowski und mehrerer ungarischen Persönlichkeiten vollzogen. Der Fürstprimas vollzog die Einweihung in Begleitung einer in slowakischer Sprache gehaltenen Rede, in welcher er die Legionäre ansprach, auch in der Zukunft für ihr Vaterland und für ihren Glauben zu kämpfen. Nach dem Fürstprimas hielten noch Reichstagsabgeordneter Domherr Dr. Alexander Gießwein, Oberst Mirka und Baron Lilienhof in deutscher Sprache begeisternde Ansprachen an die polnischen Jünglinge, die in stürmische „Nech Ziel“-Rufe ausbrachen.

Die Budapester Transportstation erfüllt eine sehr wichtige Aufgabe, die darin besteht, daß sie sich der in der Hauptstadt eintreffenden polnischen Legionäre annimmt und für die Unterbringung der Verwundeten in den Kriegsspitälern Sorge trägt. Namentlich nach den schweren Kämpfen in Galizien und in den Karpathen zur Zeit unserer so erfolgreichen Offensive gab es viel zu tun, da die polnischen Legionäre an diesen Kämpfen teilnahmen. Daß sie heldenmütig kämpften und daß viele von ihnen ausgezeichnet wurden, ist allgemein bekannt. In den Kämpfen bei Ökörmezö haben die Legionäre wahre Heldentaten vollbracht und bei Rafailowa gelang es ihnen unter dem Kommando der Hauptleute Terlecki und Minkiewicz und des Majors Roja, die Russen aus ihren Stellungen zu vertreiben, so daß ihr Rückzug in eine Flucht ausartete. Dabei waren die Verluste der Legionäre verhältnismäßig gering. Thronfolger Erzherzog Karl Franz Josef empfand es unter dem Eindruck dieser Heldentaten als Herzensbedürfnis, den Legionären besonderes Lob zu zollen.

Auch gegenwärtig halten sich in der Hauptstadt verwundete Legionäre auf, die in verschiedenen Kriegsspitälern in ärztlicher Behandlung stehen. Diese haben sich nach ihrer Wiederherstellung in der Transportstation zu melden, wo sie die Weisungen bezüglich ihrer Zuteilung entgegennehmen. Der Kommandant der Station ist Hauptmann Parlowski und zur Dienstleistung sind ihm Leutnant Gaonska und Fähnrich Bick zugeteilt. Diese Herren versehen ihre oft schwierigen Agenden mit unermüdlichem Eifer. Vierzig Legionäre versehen hier den äußeren Dienst, der darin besteht, auf den Bahnhöfen die eintreffenden Legionäre zu erwarten. Eine größere Anzahl Legionäre befindet sich derzeit in den Rekonvaleszentenheimen in Pöstyén und Aknaßlatina.

Die Legionäre rekrutieren sich aus den verschiedensten Berufsklassen; auch die polnische Intelligenz ist sehr stark vertreten, namentlich die studierende Jugend,

die mit wahrer Begeisterung zu den Waffen gegriffen und viele glänzende Waffentaten auf den Schlachtfeldern vollbracht hat. Heute werden die Legionäre von den Russen bereits als reguläre Truppen betrachtet, was bekanntlich bei Beginn des Krieges nicht der Fall gewesen ist. Daß dies nicht mehr der Fall ist, kann als Ergebnis von diplomatischen Verhandlungen betrachtet werden.

Die Transportstation unterhält rege Verbindungen mit der Budapester polnischen Kolonie, deren Präsident Baron Albert Nyári ist. Die

Mitglieder des ungarisch-polnischen Vereines sind bestrebt, die Interessen der Polen in Ungarn auf das nachdrücklichste zu vertreten und haben vor kurzem im Verein mit der polnischen Delegation eine politische Aktion von großer Tragweite eingeleitet. An sämtliche Komitate wurden nämlich Memoranden gerichtet, in welchen das Ersuchen gestellt wird, an die Regierung und an das Parlament Repräsentationen zu richten, dahin zu wirken, daß bei den Friedensverhandlungen die Interessen Polens gewahrt werden mögen.

Interessenvertretung Österreich-Ungarns in Warschau.

Auf Grund von im September 1915 abgehaltenen Konferenzen der k. und k. und der kaiserlich deutschen Delegierten, sowie auf Grund des am 14. Dezember 1915 zwischen dem k. und k. Botschafter Prinzen Gottfried zu Hohenlohe-Schillingsfürst und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches von Jagow erzielten Einvernehmens wurde über die Frage der Interessenvertretung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Warschau und über die Abgrenzung des österreichisch-ungarischen und des deutschen Verwaltungs-Gebietes rechts von der Weichsel eine Vereinbarung getroffen, die sofort in Kraft trat, aber für die künftige Auseinandersetzung auf Grund des Friedensvertrages kein Präjudiz bildet.

Der erste meritorische Teil der Stipulation enthält 8 Artikel mit dem folgenden wesentlichen Inhalte.

Artikel I bestimmt: Das k. und k. Armee-Oberkommando entsendet einen höheren Offizier als seinen Vertreter nach Warschau. Er wird dem Stabe des Generalgouverneurs zugeteilt. Er vermittelt den erforderlichen Meinungs-austausch zwischen dem kaiserlich deutschen Generalgouvernement in Warschau und dem k. und k. Armee-Oberkommando oder dem k. und k. Generalgouvernement des Okkupationsgebietes in den die Verwaltung des k. und k. Okkupationsgebietes betreffenden und den rein militärischen Angelegenheiten.

Mit dieser Funktion wurde der Oberst im Generalstabskorps Josef Ritter von Paió betraut.

Eine entsprechende deutsche Vertretung tritt zum k. und k. Generalgouvernement des Okkupationsgebietes.

Mit der Rücksprache in etwa vorkommenden, die Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie berührenden Fragen, insoweit nicht ihre Bedeutung die Erörterung oder Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Regierungen erfordert, wird ein Delegierter des k. und k. Ministeriums des Aeußern betraut, der seinen Sitz in Warschau nimmt und zugleich mit der Vertretung der Interessen österreichischer oder ungarischer Staatsangehöriger sowie der Angehörigen Bosniens und der Herzegowina im Generalgouvernement Warschau beauftragt wird.

Als dieser Delegierte fungiert der vormalige k. und k. Generalkonsul in Warschau Dr. Leopold Freiherr von Andrian.

Artikel II: Im Gebiete der Stadt Warschau werden die für Angehörige des deutschen Okkupationsgebietes von Russisch-Polen hinsichtlich der Zureise, des Aufenthaltes der Niederlassung und des Betriebes von Handel und Gewerbe geltenden Grundsätze gleichmäßig auf die Angehörigen des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes von Russisch-Polen zur Anwendung gelangen.

Artikel III: Im Gebiete der Stadt Warschau sowie auf allen Stationen des österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebietes berührenden, von deutscher Seite betriebenen Bahnen werden alle deutschen amtlichen Kassen und die Bahnwirtschaften angewiesen werden, Zahlungen in Kronenwährung zu dem von dem königlich-preußischen

Kriegsministeriums jeweils bekanntgemachten Kurse anzunehmen. Diese Bestimmung bezieht sich nur auf den tatsächlich zu zahlenden Betrag.

Außerdem wird eine noch zu bestimmende deutsche Kasse in Warschau angewiesen werden, Angehörige der österreichisch-ungarischen Armee und Staatsverwaltung zur Bestreitung des vorliegenden persönlichen Bedarfes Kronen in Mark umzuwechseln.

Artikel IV betrifft die Zulassung österreichisch-ungarischer Zeitungen in Warschau und die Regelung der Zensur.

Artikel V behandelt die tunlichste Förderung der als wünschenswert anerkannten unmittelbaren und möglichst raschen Postverbindung zwischen Warschau und dem österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete sowie der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die österreichisch-ungarischen amtlichen Telegramme finden die gleiche Behandlung wie die deutschen amtlichen Telegramme.

Artikel VI bezieht sich auf die Schaffung günstiger direkter Schnellzugs-Verbindungen zwischen Warschau und den größeren Städten der Monarchie sowie den Zentren des k. und k. Okkupationsgebietes für den direkten Personen- und Postverkehr (besonders direkte Wagen Wien—Warschau.)

Artikel VII: Sobald die Verhältnisse die Abhaltung von Hochschulkursen in polnischer Sprache an der Universität oder dem Polytechnikum in Warschau zulassen, wird sich der deutsche Generalgouverneur mit der k. und k. Regierung wegen Zuziehung polnischer Gelehrter aus der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete zur Veranstaltung von Vorlesungen wissenschaftlichen Charakters unter Ausschluß der Politik in Verbindung setzen.

Artikel VIII: Zwecks Wahrung der beiderseitigen Interessen werden sich die beiden Generalgouverneure legislative und administrative Maßnahmen gegenüber bestehenden wirtschaftlichen Organisationen und Körperschaften deren geschäftliche Tätigkeit sich auch auf das Okkupationsgebiet des anderen Teiles erstreckt, vor Erlassung mitteilen.

Der zweite Teil der Vereinbarung setzt die Abgrenzung der beiderseitigen Verwaltungsgebiete wie folgt, fest:

Die Südgrenze des alten Gouvernements Siedlce bildet die Grenze der beiderseitigen Verwaltungsgebiete zwischen Weichsel und Bug.

Die betriebliche Abgrenzung der Eisenbahnen zwischen Weichsel und Bug ist bereits durch unmittelbare Vereinbarungen zwischen dem Chef des Feldtransportwesens und dem deutschen Chef des Feldeisenbahnwesens erfolgt.

Diese Vereinbarungen bleiben bestehen.

Die Verwaltung des Weichselstromes von Dęblin (Iwango-rod)-Pilitza-Mündung wird in strom-, sanitäts- und sicherheitspolizeilicher Hinsicht der deutschen Heeresverwaltung zugestanden, ohne das Recht der Schifffahrt für die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung auszuschließen.

. . .

Die Vereinbarung und die polnische Presse.

Der Wiener Korrespondent der „Gazeta Wieczorna“ („Abendzeitung“, Lemberg) berichtet seinem Blatt:

„Es kann ohne Uebertreibung festgestellt werden, daß die neue Vereinbarung vom Standpunkt der polnischen Interessen einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege der wirtschaftlichen, geistigen und politischen Konsolidierung Kongreß-Polens bedeutet. Für die polnische Presse haben die Artikel IV und V die besondere Bedeutung, daß nach Regelung der Postverbindung mit Warschau auch der Zeitungsumsatz zwischen Warschau und Oesterreich ermöglicht sein wird. Eine ähnliche allgemeine Bedeutung hat die Vereinbarung über die direkte Eisenbahnverbindung mit Warschau.“

Der Artikel schließt mit der Bemerkung: „Durch eine neue Vereinbarung wird die Scheidewand zwischen den beiden Okkupationsgebieten beseitigt. Kongreß-Polen wird dadurch nicht geteilt, sondern vereinigt und für die weiteren Etappen der Entwicklung vorbereitet.“

Aus Kongreß-Polen.

Das k. und k. Verwaltungsgebiet.

Die erste Landes-Lehrerkonferenz.

Man berichtet aus Jędrzejów:

Die den k. u. k. Kreiskommanden im Königreich zugeteilten galizischen Schulinspektoren führen in raschem Tempo die Organisation der Volksschulen durch, so daß in manchen Kreisen die Zahl der aktivierten Klassen schon gegen 150 ausmacht. Die Ortsbevölkerung fördert diese Aktion mit Opferfreudigkeit und Verständnis für ihre Bedeutung. Der Kreis Jędrzejów ist in dieser Hinsicht einer der rührigsten.

Am 9. und 10. v. M. fand in diesem Kreis eine Lehrerkonferenz unter dem Vorsitz des Schulinspektors Kaczorowski statt — die erste derartige Konferenz im Königreich. An den Beratungen nahmen über 100 Personen aus den Kreisen der Lehrerschaft und der Geistlichkeit teil. Außerdem waren anwesend die Repräsentanten der lokalen Militärbehörde. Ueber Wunsch des k. u. k. Kommandos delegierte der galizische Landesschulrat den Schulinspektor aus Krakau Josef Lorenz.

Die Beratungen begannen mit einer warmen Ansprache des Obersten Cofsass, der Ansprachen des Majors Schneider sowie der Inspektoren Kaczorowski und Lorenz folgten. Die Konferenz umfaßte die wichtigsten Postulate des Schulwesens. Ueber die Aufgabe der Volksschule referierte Inspektor Kaczorowski, über die Pflichten des Volksschullehrers Józef Kruk. Die lebhafteste Debatte, die die einzelnen Referate hervorriefen, zeugte einerseits von der Notwendigkeit ähnlicher Konferenzen und andererseits von ihrem günstigen Einfluß auf das fachwissenschaftliche Niveau der Lehrerschaft.

*

Aemter für Bauernangelegenheiten.

Der in Pinczów erscheinende „Dziennik Urzędowy Obwodu Pinczowskiego“ („Amtsblatt des Pinczower Kreises“) berichtet: Die im Grunde der russischen Gesetze vom 23. Juni 1864 und vom 21. Mai 1876 gebildeten Aemter für bäuerliche Angelegenheiten können wegen Mangels an entsprechendem Personal nicht ins Leben gerufen werden. Die k. u. k. Militärverwaltung kann nämlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen neue Hilfskräfte in diese Aemter nicht berufen und deshalb kann die Anwendung der betreffenden russischen Gesetzesvorschriften im Sinne des Artikel 63 der Beschlüsse der Haager Konvention über den Landkrieg nicht erfolgen und dies wegen nicht zu beseitigender Hindernisse. Die Angelegenheiten, die vorher nach den Landesgesetzen von

den Aemtern für bäuerliche Angelegenheiten erledigt wurden, wurden den auf dem okkupierten Gebiet bestehenden Behörden folgendermaßen überwiesen, und zwar:

a) der Kompetenz der gewöhnlichen Gerichte sämtliche Angelegenheiten privatrechtlicher Natur unter Anwendung der geltenden gesetzlichen Vorschriften über die Kompetenz und den Instanzenzug.

b) Der Kompetenz des k. k. Kreiskommandos in erster Instanz und dem k. k. Generalgouvernement in Lublin in zweiter und letzter Instanz alle anderen Angelegenheiten.

•

Aus der Verwaltung der Stadt Lublin.

„Ziemia Lubelska“ („Die Lubliner Landschaft“) berichtet: „Wir erfahren, daß das Kreiskommando beim Magistrat der Stadt Lublin das Amt eines Regierungskommissärs bestellte und für diese Stellung Dr. Alfred Gałuszka ernannt hat. Gleichzeitig erfahren wir, daß der Stadtpräsident Edward Kołaczkowski und der bisherige Gemeinderat ihre Resignation eingebracht haben.“

* * *

Deutsches Verwaltungsgebiet.

Bildung eines Hauptfürsorgetages.

Die Krakauer „Nowa Reforma“ meldet aus Warschau: Die deutsche Verwaltung in Warschau genehmigte auf Ansuchen des Grafen Ronikier, daß an Stelle des im September aufgelösten polnischen Zentral-Bürgerkomitees eine neue Organisation unter dem Namen „Polnischer Hauptfürsorgetag“ („Rada Opiekuńcza“) gebildet wird.

Dieses neue Komitee wird die polnische Selbsthilfe in den durch Deutschland okkupierten Teilen Polens durchführen. Seine Agenden bestehen im Wiederaufbau des Landes der Durchführung der Schulen, der Beschaffung von Lebensmitteln, der Organisation des Wohltätigkeitsdienstes und des Spitalwesens sowie der Unterstützung der Staatsorgane im Sanitätswesen.

Ausgeschlossen sind dagegen folgende Agenden, die früher dem Zentral-Bürgerkomitee oblagen: Das Gerichtswesen, die Bürgerwache und das Elementarschulwesen.

Der Haupttag wird seine Mittel aus Sammlungen und Fonds entnehmen, die durch die Behörden für spezielle Zwecke bestimmt werden sollen.

Die Tätigkeit des Haupttages unterliegt der Aufsicht des ernannten Kurators für Polen Graf Franz Kwilecki aus Dąbrowa.

Aufruf des Hauptfürsorgetes.

Der Fürsorgerat in Warschau veröffentlicht folgenden Aufruf:

Der Hauptfürsorgerat, der am heutigen Tage seine Hilfsarbeit für die Gesellschaft beginnt, gibt sich darüber genau Rechenschaft, welch schwere und verantwortliche Arbeit er übernimmt. Sie wird nicht alle Lebensgebiete umfassen und die Verhältnisse zwischen den Bedürfnissen des Landes und den Mitteln, über die wir bestenfalls zu verfügen in der Lage sein werden, gibt uns schon die traurige Gewißheit, daß wir nicht allen, selbst den dringendsten Bedürfnissen werden genügen, nicht jeden Schmerz werden lindern können. Wir unternehmen trotzdem diese Arbeit, denn wir fühlen es, daß wir jetzt alle Bemühungen vereinen müssen, um einander beizustehen. Denn wir glauben, daß es in unserer Nation genug Seelenstärke gibt, um dem Unglück kühn ins Antlitz zu blicken und nach Vereinigung sämtlicher Bemühungen nicht bloß diesem Unglück Widerstand zu leisten, sondern es zu überdauern und sogar daraus die Kräfte zur künftigen Wiedergeburt zu schöpfen. Wenn es um die Erhaltung des Lebens unserer Nation zu tun ist, so darf sie sich bloß in zwei Gruppen teilen: In solche, die noch etwas, sei es durch Arbeit, sei es durch Opferwilligkeit, für die leidenden Landsleute zu geben in der Lage sind, und in solche, denen man Unterstützung gewähren soll.

Die ersteren fordern wir wärmstens zu gemeinsamer Arbeit auf; wir glauben, daß ihre polnischen Herzen ihnen den Weg weisen werden, auf dem sie ihren polnischen Brüdern den größten Nutzen werden bringen können.

Die anderen bitten wir um Nachsicht für unsere Arbeit; deren Resultate werden von den Opfern unabhängig sein, zu denen die Gesellschaft bereit sein wird.

Wir gehen an die Arbeit, vom Glauben durchdrungen, daß unsere Gesellschaft zu diesem edlen Opfer bereit sein, eine prächtige und harmonische Organisation bilden und in der solidarischen Arbeit aller Schichten die Kraft finden wird, die nötig ist, um diese für unser Vaterland so schweren Zeiten zu überdauern.

*

Nach der am 13. September v. J. erfolgten Auflösung des Zentral-Bürgerkomitees und in weiterer Folge der Liquidierung sämtlicher Institutionen dieses Komitees sowie der im deutschen Okkupationsgebiet wirkenden Gouvernements-, Bezirks-, städtischen, Kreis- und Gemeindegemeinkomitees verblieb dieser Teil des Landes ohne irgendwelche organisierte Fürsorge- und Hilfswohltätigkeit. Man begann, die Mittel einer derartigen Hilfe in Erwägung zu ziehen und es entstand das Projekt der Errichtung einer

Landeswohlfahrtsorganisation. Der Initiator einer derartigen Organisation war Graf Adam Ronikier, der Obmann des früheren Bürgerkomitees im Warschauer Gouvernement, der sich am 3. Dezember v. J. an den Chef der Zivilverwaltung des Warschauer Generalgouvernements v. Eris mit einem Memorandum wendete, das eine Darstellung der Tätigkeit des aufgelösten Zentral-Bürgerkomitees und einen Statutenentwurf der Fürsorgeräte enthielt.

Am 18. Dezember v. J. wurde Graf Ronikier verständigt, daß die deutschen Behörden die Statuten der Fürsorgeräte genehmigten. Diese Räte bezwecken, den durch den Krieg Betroffenen bei dem Wiederaufbau der Wirtschaften Hilfe zu leisten und sie mit Lebensmitteln zu versehen, Asyle zu errichten und Kleidungsstücke zu verteilen. Die Mittel haben sie aus Sammlungen und aus Subventionen der Behörden zu schöpfen. Die Organisation beruht auf öffentlichen und Kreisfürsorgetes. Die Kreisräte, die ihre Aufgaben unter Mitwirkung der lokalen Räte erfüllen, bestehen aus Personen, die vom Hauptfürsorgerat berufen und vom Kreisamtsmann bestätigt wurden, der wiederum berechtigt ist, an den Arbeiten und an der Kontrollierung der Akten teilzunehmen. Die lokalen Räte der Gemeinden und Dörfer sind Exekutivorgane.

Der Hauptfürsorgerat hat seinen Sitz in Warschau, besteht aus fünf Personen und bildet den Zentralpunkt für die Geldmittel, für deren Verteilung im Lande, für die Leitung und die Kontrolle. Die Mitglieder werden vom Chef der Verwaltung beim Generalgouverneur bestätigt, dem das Recht zusteht, an den Sitzungen teilzunehmen, die Akten einzusehen und ein Veto gegen die Ausführung eines Beschlusses einzulegen.

Die oberste Organisation der Räte bilden: Graf Adam Ronikier als Präsident, Fürst Stanislaw Lubomirski, Stanislaw Staniszewski, Feliks Wojewódzki und Antoni Olszewski.

Die vom Hauptfürsorgerat übernommenen Aufgaben sind wirtschaftlicher und sozialer Natur. Das aufgelöste Zentral-Bürgerkomitee erstrebte bekanntlich die Neubelebung des wirtschaftlichen Verkehrs in Polen und entwickelte eine rege Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge. Das Zentral-Bürgerkomitee, dem die entsprechenden örtlichen und Kreisorganisationen zur Seite standen, erhielt etwa 400 Speisesäle, in denen ungefähr 190.000 Personen ihre tägliche Kost fanden; es sorgte für die Regulierung der Preise der Konsumartikel und gründete zahlreiche soziale Einrichtungen. Das von der russischen Regierung gänzlich vernach-

lässigte Gebiet der Sanitätspflege gab dem Komitee sehr viel zu schaffen. In den sieben Bezirken des Gouvernements Warschau allein wurden durch das Komitee 80.000 Blatternimpfungen und 20.000 andere ärztliche Behandlungen durchgeführt. Die Zahl der Kinder, die in den Anstalten des Komitees ihre Unterkunft fanden, erreichte 35.000.

Diese ganze Arbeit wurde im Laufe von drei Monaten geleistet. Da nun infolge der Stockung der ganzen Industrie und der Kriegsverwüstung des Landes die Not der erwerbenden Schichten der Bevölkerung sehr groß ist, vermag man wohl kaum nur mit philanthropischen Mitteln das Auslangen zu finden. Die Hauptaufgabe des neugegründeten Fürsorgerates wird deshalb eine wirtschaftliche sein. Sie wird in der Mitwirkung beim Wiederaufbau der vernichteten Betriebe und Werkstätten sowie bei Lieferung der hiezu unentbehrlichen Rohstoffe und Produkte, unter anderem auch des Saatgutes und des landwirtschaftlichen Inventars bestehen.

In zweiter Linie wird der Kampf gegen die Preistreiberien und die Lieferung der notwendigen Konsumartikel für die Bevölkerung den Gegenstand der Tätigkeit des Fürsorgerates bilden. Im Memorandum an die deutschen Behörden, auf Grund dessen der Fürsorgerat geschaffen wurde, ist der Wunsch ausgesprochen, daß dem Hauptfürsorgerat und den ihm angegliederten Kreis- und örtlichen Organisationen das Recht erteilt werde, alle notwendigen Produkte unmittelbar bei dem Produzenten zu

kaufen, was Privaten unmöglich ist, da ein solches Privilegium bis jetzt nur der Wareneinfuhrgesellschaft zustand. Jedenfalls ist zu erhoffen, daß die Aufgabe des Hauptfürsorgerates eine befriedigende Lösung finden wird, da man ihm gestattet hat, die Einrichtungen zu schaffen, welche bestimmt wären, den Lebensmittelwucher zu bekämpfen und die Wünsche der Bevölkerung der deutschen Zivilverwaltung zu übermitteln.

Weitere Aufgaben des Hauptfürsorgerates sind analog denjenigen des früheren Zentral-Bürgerkomitees. Nur in Beziehung der auf die Sanitätspflege wird die Fähigkeit des Schutzrates viel geringfügiger werden, weil diese Aufgabe in der Hauptsache von den deutschen Behörden übernommen und schon glänzend gelöst ist.

Die Beschaffung der Mittel für die Tätigkeit des Fürsorgerates erfolgt in analoger Weise wie seinerzeit für das Zentral-Bürgerkomitee aus den freiwilligen Beiträgen der verschiedenen Gesellschaftskreise Polens und des Auslandes sowie durch Zuweisung von Spezialfonds für bestimmte Zwecke durch die deutsche Zivilverwaltung. Die Tätigkeit des Hauptfürsorgerates, die Tätigkeit der Kreisfürsorgerate und der verschiedenen örtlichen Organisationen wird selbstverständlich der Kontrolle der Organe deutscher Zivilverwaltung in Polen unterliegen. Da ähnliche Einrichtung bekanntlich im k. u. k. Okkupationsgebiet bestehen, liegt es nahe, daß ein Zusammenwirken dieser Organisationen nach einheitlichen Grundsätzen angestrebt wird.

Glanz und Verderb der polnischen Republik.

Von Max Goldscheider.

(Fortsetzung.)

V.

Die Einflüsse des polnischen Magnatentums auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf Sitten, Kultur, Wirtschaft bewegten sich auf parallelen Linien mit den gleichen Einflüssen der Baronie im übrigen Europa. Ob nun die „Großen“ eines Reiches schließlich in eine Stellung kamen wie in England oder Frankreich; ob sie zur eigenen Landesfürstlichkeit aufrückten, wie in Deutschland oder Italien; — auf sozialem, ökonomischen und kulturellen Gebiete blieben die Wirkungen überall in Europa, von den atlantischen Gestaden bis zur Westgrenze Moskaus, die gleichen. Ebenso mancherlei abgeleitete, mittelbare politische Folgen nach Innen und nach Außen, von denen später die Rede sein wird. Denn alle diese Einflüsse hängen inniger zusammen mit dem aus gesellschaftlicher und wirtschaft-

licher Machtstellung einzelner Klassen, Stände, Familien, Personen und ihrer besonderen „Herrenmoral“ und „Herrenpsychologie“ sich ergebenden faktischen Zustände zusammen, als mit staatsrechtlich mehr oder minder genau umschriebenen Vorrechten rein politischer Art. In ihrem gesunden Wachstum und in ihren Auswüchsen hatten sich die polnischen Magnaten ihrer zeitgenössischen Standesbrüder anderwärts durchaus nicht zu schämen. Auch bei ihnen wechseln Zeiten glänzenden Aufschwunges mit Zeiten des Verfalles ab, auch sie sind einmal Führer und Beispiele der Entfaltung wohlthuender gesellschaftlicher Kräfte, ein anderesmal Führer und Beispiele der Verwilderung. In einem sind sie aber dem übrigen Europa um Generationen voraus: in einem frühen Erfassen des Begriffes „Nation“, das mit „Mittelalter“, „Feudalis-

mus“, „ständischem Wesen“ — und wie man sonst noch gerne die Vorwürfe gegen die Oberschichte der polnischen Szlachta in mundgerechte Schlagworte zusammenfaßt — nichts gemein hat und diesen Begriff dem jetzigen eines nationalen Gesamtpatriotismus wesensverwandt macht.

Darin ist eine Folge des rechtspolitischen Zustandes, in den die polnischen Magnaten durch das Entstehen einer Frühform des Parlamentarismus geraten waren, nicht zu verkennen. Daß die polnischen Herzoge in der Zeit der Teilfürstentümer alle ohne Ausnahme der Piastendynastie angehörten, daß bei der Wiedervereinigung des Reiches durch den vorletzten Piastenkönig Władysław Łokietek freiwillige Unterwerfung und Eroberung der Landschaften stets mit dynastischem Erbrecht konkurrierten, war zweifellos neben dem Fehlen des reinen westeuropäischen Feudalrechtes ein erster entscheidender Grund, warum in Polen der Zerfall in kleine Souveränitäten verschiedener Fürstenhäuser unterblieb und die Magnaten nicht zu „Herren“ dem Staatsrechte nach werden konnten. Trotz aller landschaftlichen Partikularismen Polens, die ja auch heute noch völlig verwischt sind, gab es dort doch nicht den richtigen Boden für Stammesherzogtümer, wie sie in der Geschichte Deutschlands so früh die ersten Risse der späteren Zersplitterung auftreten lassen. Allerdings schien ein Zeitraum von nahezu hundertfünfundsiebzig Jahren zwischen dem Tode des letzten Piastenkönigs und dem faktischen Regierungsantritte des dritten Jagellonen (wie schon einmal angedeutet) in Polen besonders auch staatsrechtlich kraftvolle Gestaltungen des Magnatentums anzubahnen. Bei der damaligen politischen Schulung und Disziplin der polnischen Großen schien diese Zeit das Entstehen einer straffen aristokratischen Oligarchie mit monarchischer Spitze einleiten zu können, kaum mehr Entwicklungen wie die deutschen und italienischen. Doch schon unter dem ersten Jagellonen hatte sich von Zeit zu Zeit, und gerade in Augenblicken kriegerischer Verwicklungen zu Kompromissen zwingend, mit ihren alten Rechtsansprüchen jene Kraft wieder und wieder gemeldet, die das Wachsen eines venezianischen Signoria, reichsdeutscher Fürsten, oder selbst englischer Lords als eines besonderen Estate of the Reale verhindern mußte.

Das war eben die polnische Ritterschaft, ein demokratisches Element wegen ihrer großen Zahl und wirtschaftlichen Verhältnisse, ein konservatives wegen ihres Zurückforderns alter Rechte und wegen ihres untrennbaren Verwachsens mit dem Ackerboden. Kasimir der Jagellonide, nach dem litauischen Großfürsten Witold*) dem Vetter König Władysław Jagiello, der einzige Politiker großen Stiles unter den Jagellonen, in Europa der erste Monarch, der als König von Polen und als Großfürst von Litauen durchaus neuzeitig anmutende Schwierigkeiten eines dualistischen großen Staatensystems vor sich hatte, entäußerte sich mit vielem Geschick, wo es not tat auch vor Gewaltanwendung nicht zurückschreckend, des aristokratisch - oligarchischen Kaukus.***) Die Prälatur, deren überragender Einfluß***) in diesem Bunde Polen und den jungen König Władysław Warneńczyk auf die Bahnen einer der römischen Kurie willfährigen Auslandspolitik

*) Man vergleiche die beinahe begeisterte Charakterstudie, die Professor Caro („Geschichte Polens“, Band III) dem Großfürsten Witold widmet, den er den bedeutendsten Staatsmann nennt, den je die slavisch-litauische Welt hervorgebracht hat.

**) In fesselnder Weise hat M. Bobrzyński in seiner „Geschichte Polens in Umrissen“ (Dzieje Polski w zarysie) diese Politik des Königs Kasimir IV. dargestellt; wenn auch seine Ausführungen vielfach Widerspruch begegnet sind, verbreiten sie vieles Licht über die politischen Entwicklungstendenzen.

***) Diese bis zum Sturze des Reiches forterhaltene Suprematie der Krone über die Prälatur in Polen ist allen jenen unbekannt, die vom „katholischen“ und „klerikalen“ Polen unablässig faseln. Mit Ausnahme der zweiten Hälfte der Regierungszeit Jagiello und der Regierung des Władysław Warneńczyk gibt es in der polnischen Geschichte keine Epoche klerikaler Politik. Im Gegenteil: Die Behandlung der Kirche als eines politicum, das dem Staate sich unterzuordnen hatte, war (außer der Zeit des innerpolitischen Tiefstandes unter den sächsischen Augusten, bevor die Schulreform Früchte zu tragen begann) stets ein rocher de bronze der Staatskunst in Polen, sogar noch unter dem König Alexander I., Kaiser von Rußland, dessen erster Konflikt mit dem polnischen Reichstage um ein Ehegesetz entstand, das die Polen als klerikal verwarfen. Mit dieser prinzipiellen Richtlinie der Staatspolitik hat der religiöse Katholizismus der Polen nichts zu schaffen, und wenn seit einem Jahrhundert der Katholizismus in Polen eine stark national-politische Färbung angenommen hat, so entspringt dies der Tatsache, daß vornehmlich dem orthodoxen Rußland gegenüber, aber auch gegenüber dem evangelischen Preußen die Religion als einigendes Band der Polen wirkt. Der römische Katholizismus ist eben hier der — „Protestantismus“ der Polen.

gebracht hatte, wurde von Kasimir der Krone gefügig gemacht durch die Energie, mit welcher der König das Recht der Bischofs- und Prälaturenennungen in Anspruch nahm und durchsetzte. Das weltliche Element in der Oligarchie wurde von ihm erst gebändigt durch Heranziehung der Ritterschaft zur Gesetzgebung nach altem Brauche, schließlich von Grund aus verändert durch Ernennung von jungen Senatoren aus seiner eigenen politischen Schule, so oft im Senat eine Vakanz sich ergab. Waren auch späterhin die wenigsten Könige Polens klug genug, eine eigene, nationale politische Schule zu schaffen, der politischen Praxis Kasimirs, die sich erhielt, ist

es zuzuschreiben, daß die polnischen Magnaten nicht einmal wie die Lords durch eine bestimmte Linie — das Recht auf einen Titel und einen Sitz im Haus des Lords — vom übrigen Adel sich scheiden konnten, unmittelbaren politischen Einfluß nur persönlich als ernannte Senatoren übten und immer wieder *homines novi* aus dem Ritterstande neben sich auf Senatorensitzen Platz nehmen sehen mußten. So war das polnische Magnatentum politisch — wenn auch nicht gesellschaftlich — mit der demokratischen *Szlachta* verwachsen, eine Oligarchie ohne alles Gewicht, wenn sie die Fühlung mit der Masse der Nation verlor. (Fortsetzung folgt.)

Die Rückkehr aus Amerika.

In diesem für Polen so gewichtigen Augenblicke hat auch die Polenkolonie in Amerika ihre Stimme erhoben und eine Losung herausgegeben, der wir ungewöhnliche Bedeutung beimessen. Deshalb bringen wir im Folgenden die wichtigsten Absätze des Aufrufes des „Polnischen Zentralkomitees in Amerika“, der den ganzen Gegenstand zur Genüge aufklärt. Wir lesen in diesem Aufrufe:

Von der Erwägung ausgehend, daß die Rettungstätigkeit unserer Emigration für Polen nicht mit der materiellen Hilfe abschließt, die wir im Wege der Sammlung von Opfergaben für unsere vom Hungertode bedrohten Brüder im Vaterlande zu bringen vermögen, sondern daß sie hauptsächlich und im bedeutenden Maße auf der Organisation einer systematischen Aktion beruht, um nach dem Kriege dem entvölkerten und nahezu ganz vernichteten Polen, ebenso physisch als auch moralisch frische und gesunde Kräfte zur Arbeit am Wiederaufbau der ruinierten nationalen Wirtschaft zu liefern, hat das polnische Zentral-Rettungskomitee während seiner letzten Tagung folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

„In Anerkennung, daß die Regelung der Rückwanderung der polnischen Auswanderer aus Amerika nach Polen und ihre Fassung in ein rationelles, den Bedürfnissen des Vaterlandes entsprechendes System für den wirtschaftlichen und ökonomischen Wiederaufbau, der durch Krieg verwüsteten und entvölkerten polnischen Gebiete von unermeßlicher Tragweite ist, beschließt die Tagung des „Polnischen Zentral-Rettungskomitee“ sich mit den bezüglichen Organisationen im Vaterlande ins Einvernehmen zu setzen, um schon gegenwärtig eine gemeinsame systematische Aktion zur Rückwanderung zu organisieren. Die Inangriffnahme und die Durchführung dieser so wich-

tigen Sache trägt die Tagung einer speziellen aus dem „Polnischen Zentral-Rettungskomitee“ in Amerika gewählten Reemigrations-Kommission auf, die im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee zu handeln und diesen Bericht über den Erfolg ihrer Tätigkeit zu erstatten hat.“

„In Ausführung dieser Beschlusses nun hat sich im Schoße des „Polnischen Zentral-Rettungskomitees“ ein Rückwanderungs-Ausschuß gebildet, der mit den maßgebenden Faktoren im Vaterlande Beziehungen anstrebt und die Organisierung einer systematischen Reemigrationskommission unter den Polen in Amerika schon gegenwärtig anstrebt, so daß sofort nach Beendigung des Krieges den diesbezüglichen Bedürfnissen des Vaterlandes, wenn auch nur zu einem Teile, entsprochen werden könne.

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach dem Kriege — ohne Rücksicht darauf, ob und welche politischen Errungenschaften er auch für Polen bringt — sich vor allem dringende Bedürfnisse der ganzen durch den Krieg vollkommen ruinierten nationalen Wirtschaft ergeben müssen.

„Man wird vor allem ganze, heute vollkommen verlassene Landstriche wieder bevölkern müssen, und zwar mit dem Volke bevölkern, dem der polnische Boden Heiligtum, Liebe und Lebenspendende Quelle ist, man wird eigene heimische Industrie und Handel schaffen müssen, man wird tausende polnischer Dörfer und Städte wiederaufbauen müssen, die der schrecklich wütende Krieg in Haufen von Schutt und Asche verwandelte.

„Und zu diesem großen und heiligen Werke des Wiederaufbaues wird man Millionen gesunder und kräftiger Arme, offener Köpfe und warmer Herzen bedürfen.“

Der Aufruf gedenkt der Minderung der polnischen Bevölkerung in der Heimat durch den Krieg und fährt sodann fort:

„Sonach kann diese Aufgabe Niemand anderer auf sich nehmen als wir polnische Emigranten, die wir all diese Schrecken des Krieges nicht kennen gelernt haben und die wir über gesunde Nerven verfügen, über kräftige Arme und über einen bedeutenden Vorrat an Lebenserfahrung und an Gewandtheit im Kampfe ums Dasein, die wir auf der Arena der weiten Welt errangen. Und es ist dies eine dankbare Aufgabe, denn sie sichert unberechenbare Vorteile sowohl dem Vaterlande, als auch allen denen, die sich der Aufgabe unterziehen.

„Die Bodenpreise, die in Polen in den letzten Jahren vor dem Kriege infolge ungesunder Spekulation, auf eine geradezu unerhörte Höhe gebracht wurden, werden nach dem Kriege fallen. In den Städten und Städtchen wird eine Anzahl von Arbeitstätten verschiedenster Art und von Handels- und Industrie-Zentren sich eröffnen, die angesichts des kolossalen Bedürfnisses verschiedenster Erzeugnisse und Produkte nach dem Kriege bei gleichzeitigem Mangel fremder Konkurrenz, den einheimischen Produzenten für lange Jahre hinaus bedeutende Gewinne sichern müssen. Wenn man dieses alles nur in polnischen Händen zu bewahren und die hieraus fließenden Vorteile lediglich der polnischen Gesellschaft vorzubehalten vermöchte

„Wollen wir dieses Ziel erreichen, so ist es nötig, schon jetzt die Kräfte zu berechnen, über die wir zu Ende des Krieges zu verfügen in der Lage sein werden. Wir müssen wenigstens annäherungsweise wissen, wie viele von uns, in welche Gegenden, mit welchen Qualifikationen und mit welchen Geldmitteln, in das Vaterland zurückkehren wollen

Es handelt sich hier um keine politische „Orientierung“ oder um irgend welches organisatorisches oder Parteiinteresse. Polen aus Schutt und Asche wieder aufleben zu lassen, dessen menschenleeren Gebiete mit polnischem Volke zu bevölkern und wieder in blühenden Zustand zu versetzen, eine einheimische Industrie zu schaffen — dieses ist unser einziges Ziel! Diesem Ziele könnten und sollten alle Polen dienen, ohne Rücksicht auf politische Ueberzeugung oder Parteiunterschiede.

„Es kann kein freies Polen geben, ohne polnischen, von der Hand des polnischen Bauern bearbeiteten und besäeten Boden, kein Dasein und keine Entwicklung ohne Nation, ohne eigene Wirtschaft, Industrie und Handel.

„Vereinigen wir all unsere Anstrengungen wenigstens in dieser einen Richtung, und wir werden unserem Vaterlande das geben, was wir ihm heute als unser Bestes geben können! Mit vereinten Kräften, zielbewußt schreiten wir an eine große Sache! Bauen wir Polen auf, indem wir in die leergebrannten Stätten neues Leben tragen!

Der Reemigrationsausschuß des Polnischen Zentral-Rettungskomitees: Henryk Setmajer, Vorsitzender; Professor Dr. Floryan Znaniecki; Emilia Napieralska; Stanisław Osada; Franciszek Bar; Henryk Lokanski.“

Das Oberste National-Komitee hat vom „Komitee der nationalen Verteidigung in Nordamerika“ eine Zuschrift erhalten, in der es heißt:

„. . . Es ist sicher, daß sobald sich die Verhältnisse im Lande zum Besseren wenden, alles was in der Emigration aufrecht geblieben, was ungeachtet der Vorteile, die sich aus der Amerikanisierung ergeben, ungeachtet der Pression, die die chauvinistisch gesinnten amerikanischen Arbeitgeber ausüben, dem alten Vaterlande treu blieb, sonach alles das, was das national gesunde Element der Emigration bildet, in die Heimat wird zurückkehren wollen.

„Von der Voraussetzung ausgehend, daß nach den katastrophalen Wirkungen dieses Krieges die Rückkehr von Individuen in das Vaterland erwünscht sein wird, die in der harten Schule amerikanischen Lebens ausgebildet sind, die teilweise ein gewisses, für unsere Verhältnisse ziemlich beträchtliches Kapital repräsentieren, und teilweise fachmännisch vortrefflich qualifizierte Arbeiter sind, wendet sich das „Komitee für nationale Verteidigung in Nordamerika“ an das Oberste National-Komitee mit der Bitte um Inangriffnahme der Initiative in Sachen der Reemigration der polnischen Auswanderer nach Beendigung des Krieges. Die Notwendigkeit, Aktionen dieser Art auf Grundsätze der ökonomischen Theorie einerseits und der realen Bedürfnisse des Landes andererseits zu stützen, legt dem Lande die Pflicht auf, die Rückkehr der Auswanderer im wohlverstandenen Interesse des Landes sowohl als der Auswanderer selbst in ein entsprechendes System zu fassen. Jeder Verzug in der Inangriffnahme der Vorarbeiten zu dieser für die Landeswirtschaft so wichtigen Aktion droht damit, daß sie von unberufenen Persönlichkeiten in die Hand genommen werden wird, von denen zu befürchten wäre, daß sie diese Rückwanderer in das enge Bett von Partei- oder persönlichem Ehrgeiz und Vorteil werden leiten wollen. Sobald es eine Direktive aus dem Lande erhalten haben wird, wird das „Komitee für nationale Verteidigung“, das über 150 lokale Komitees in allen Staaten Nordamerikas besitzt, dafür sorgen, daß die ihm in dieser Sache erteilten Weisungen auf das gewissenhafteste erfüllt werden.“

Wirtschaftliche Mitteilungen.*)

Die neuen wirtschaftlichen Beziehungen zu Kongreß-Polen.

„Die Industrie“, Zeitschrift für die Interessen der österreichischen Industrie“ (Wien), veröffentlicht in ihrer Nummer vom 19. Dezember einen Artikel von E. Löwinger unter dem Titel „Die neuen wirtschaftlichen deutsch-österreichischen Beziehungen zu Kongreß-Polen“. Der Aufsatz, der die meisten für die polnische Industrie wichtigen Fragen berührt, sei im nachfolgenden vollinhaltlich wiedergegeben, wobei wir bemerken, daß die meisten Unterstreichungen von der Redaktion dieser Zeitschrift herrühren.

Kongreß-Polen ist der Sitz einer bedeutenden Industrie, welche ihr Absatzgebiet innerhalb Polens und in der Ausfuhr nach Innerrußland bisher gefunden hat. Nach dem Krieg wird die Fabrikation neu einsetzen und aller Wahrscheinlichkeit nach einen bedeutenden Aufschwung erfahren, weil die Beschaffung der Rohmaterialien aus Uebersee leichter und billiger vonstatten gehen wird, als zur Zeit der Russenherrschaft und weil die Absatzmöglichkeiten gesteigert sein werden durch Hinzuziehen des galizischen Konsumgebietes, wenn nicht auch noch der anderen angrenzenden österreichischen Territorien. Nach dem Innern Rußlands wird der Verkauf schon deshalb keine wesentliche Einschränkung erfahren, weil die Zollschranken ein gewisses Mittel werden einhalten müssen im Hinblick auf die Bestimmungen, die für die Einfuhr deutscher und österreichischer Fabrikate nach Rußland bei den Friedensverhandlungen getroffen sein werden und die selbstverständlich von dem Gesichtspunkt ausgehen, deutsche und österreichische Provenienzen auf den russischen Märkten nicht ausgeschlossen zu sehen. Ferner wird ja Rußland damit rechnen müssen, daß es nicht nur Abnehmer, sondern bisher auch Lieferant von bedeutenden Mengen Rohstoffen (zum Beispiel 60 Prozent Baumwolle) für Polen ist und wird diesen Export, wenn auch künftig in geringerem Maß, nicht einbüßen wollen.

Die Auffassung, als ob nach Friedensschluß die antideutschen Tendenzen in Rußland so stark sein würden, um einen Güteraustausch mit Deutschland gänzlich hintanzuhalten, erweist sich schon aus der Erwägung heraus als indiskutabel, weil Rußland mit seiner agrarischen und viehzüchterischen Ueberproduktion auf die deutschen Käufer absolut angewiesen ist. Ist doch der weitaus größte Teil dieser Produktion schon vor dem Krieg nach Deutschland gegangen und nach dem Krieg wird Rußland um so eher darauf angewiesen sein, seine Erzeugnisse in Deutschland

abzusetzen, weil sich so schnell keine gleichwertigen Organisationen im Vierverband schaffen lassen werden, die die in Frage kommenden bedeutenden Mengen übernehmen und zu guten Preisen bezahlen können. In Deutschland bestehen aber diese großen wirtschaftlichen Einrichtungen bereits, sie brauchen lediglich neuerdings in Aktion gesetzt zu werden. Wir gehen auf dieses Fragegebiet hier des näheren nicht ein, weil wir es nur gestreift haben in der Absicht, darzutun, daß Rußland gar nicht in der Lage ist, der Einfuhr deutscher Produkte irgendein ernstes Hindernis in den Weg zu legen.

Daraus folgt, daß die Industrie in Kongreß-Polen ihren russischen Absatz nicht verlieren wird, insoweit sie nicht selbst eine Einschränkung durchführt, indem sie Kunden, die in moralischer und finanzieller Hinsicht keine genügenden Garantien bieten, einfach abstößt. In Rußland sind die Zahlungseinstellungen, die Mißachtung aller vereinbarten Konditionen so sehr verbreitet, daß in Zukunft die Fabriken in Kongreß-Polen sich die russischen Abnehmer werden aussuchen können, während sie bisher nolens volens darauf angewiesen waren, ihren Absatz ausnahmslos in Rußland zu suchen und folglich bei der Auswahl der Käufer oft beide Augen zudrücken mußten.

Wenn auch die Lohn- und Arbeiterverhältnisse es ermöglichen, daß die Fabriken in Kongreß-Polen billiger arbeiten können als ihre Konkurrenz in den benachbarten österreichischen Kronländern, wird Kongreß-Polen für Deutschland und Oesterreich als gutes Absatzgebiet für alle jene Waren gelten, die bisher aus Ländern bezogen wurden, die unserem Gegnerverband angehören. Wie sich das Zollregime in Kongreß-Polen in Zukunft gestalten wird, wissen wir natürlich nicht. Das aber steht indessen jedenfalls fest, daß deutsche und österreichische Erzeugnisse eine günstigere Zollbehandlung finden werden, als Waren anderen Ursprunges. Wir wissen bereits aus den Veröffentlichungen der Wirtschaftsorganisationen in Deutschland und Oesterreich, daß die Kaufmannschaft schon jetzt bestrebt ist, die besetzten Gebiete Rußlands für den Bezug deutscher und österreichischer Fabrikate zu gewinnen. Die in Rußland ansässigen Industrien sind nicht exportfähig, da sie nicht einmal imstande sind, den einheimischen Bedarf decken zu können. Es wird vielmehr die russische Handelswirtschaft ein großes Interesse daran haben, durch die Erzeug-

*) Unter Mitwirkung des „Oekonomischen Institutes des Obersten National-Komitees“.

nisse der Bodenkultur und der Viehzucht nebst Deutschland auch Kongreß-Polen zu bedienen, welche politische Gestalt dieser letztere Länderkomplex in Zukunft auch immer annehmen mag.

Kongreß-Polen wird erschlossen werden, das kann man vielleicht ohne Uebertreibung sagen, denn bisher ist dort von der Regierung auch rein gar nichts geschehen, um wirtschaftlich das so fruchtbare und für russische Begriffe so industriereiche Land zu unterstützen. Die Schienenwege sind lediglich nach strategischen Rücksichten gebaut worden, eine Regulierung der Wasserläufe war ein unbekanntes Etwas, die Fahrwege waren gründlich vernachlässigt und wirtschaftliche Vereinigungen, wie zum Beispiel Handelskammern usw., waren verpönt. Die neue Regierung in Russisch-Polen wird aber auch darin ihre Aufgabe erblicken, die merkantilen Quellen des Landes für die Allgemeinheit nutzbar zu machen und dadurch die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen mit den Nachbargebieten wesentlich zu fördern.

E. Löwinger.

Eine neue Warschauer Anleihe. Infolge der großen Ausgaben, die die Sektion für Lieferungen für die ihr gewordenen Aufträge zu tragen hat sowie der riesigen Kosten, die die Lebensmittelsektion aufwendet, ist das vor nicht langer Zeit aufgenommene sechsprozentige Warschauer Stadtanlehen der Erschöpfung nahe. Aus diesem Grund hat nun die Stadtverwaltung beschlossen, bei den Behörden um Aufnahme einer neuen Anleihe von zehn Millionen Rubel einzukommen, die unter denselben Bedingungen wie die frühere aufgelegt werden soll. Es wurde indessen zur Bedingung gemacht, daß die Amortisation dieser neuen Anleihe fünfzehn Jahre nach ihrer Aufnahme zu beginnen hat und in zehn Jahren beendet wird.

Die Kooperative der Warschauer Genossenschaften. Im Sinne der von den deutschen Behörden genehmigten Statuten und des von einer Spezialkommission bearbeiteten Reglements wurde die Organisation der Kooperativgenossenschaften in Warschau durchgeführt. Eine Versammlung aller der Kooperative angehörenden Genossenschaften wählte unter sich das Präsidium der Verwaltung und bildete vorläufig drei Ausschüsse: den Lebensmittel-, den Beheizungs- und den Ausschuß für billiges Mittagessen. Weiters wurde ein Exekutivkomitee gebildet, das ermächtigt ist, die Kooperative tatsächlich zu leiten. Diesem Komitee gehören an: Das Präsidium der Verwaltung, die Obmänner der einzelnen Ausschüsse und überdies noch zwei Mitglieder des Lebensmittelausschusses als des zurzeit dringendsten.

Die dritte Krieganleihe in Krakau. Die Subskription der dritten Krieganleihe in Krakau hatte, wie dortige Blätter berichten, ein günstiges Ergebnis und brachte über 25 Mil-

lionen Kronen. Es wurden gezeichnet: In der Krakauer Filiale des Wiener Bankvereines K 2,750.000, im „Mercur“ zirka K 6,000.000, in der Allgemeinen Verkehrsanstalt K 700.000, in der galizischen Bank für Handel und Industrie über K 2,000.000, in der Industriebank zirka K 3,000.000, in der Landesbank K 8,700.000, in der Oesterreichisch-ungarischen Bank Kronen 2,500.000. Infolge der seinerzeit durchgeführten Evakuierung konnte Krakau an der ersten Anleihe fast keinen Anteil nehmen, auf die zweite Anleihe wurden in Krakau bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank, bei der Industriebank und bei der Hypothekenbank mehrere Millionen Kronen gezeichnet.

Ueber die Naphthaindustrie in Galizien erhält „Wiedeński Kuryer Polski“ von fachmännischer Seite folgende Informationen: „Vor der Mobilisierung betrug die monatliche Produktion zirka 9000 Zisternen (eine Zisterne gleich 10.000 Kilogramm), während der Invasion, das ist vom August 1914 bis zur Hälfte des Monats Mai 1915, zirka 33.000 Zisternen oder durchschnittlich 4000 Zisternen monatlich. Die gegenwärtige Produktion dagegen beträgt monatlich 6500 Zisternen. Im Augenblick der Invasion betrug der Gesamtvorrat 50.000 Zisternen; hievon entnahmen die Russen über 2000 Zisternen, dagegen verbrannten sie beim Rückzug 31.000 Zisternen, so daß nach der Invasion Vorräte in derselben Höhe verblieben, wie sie vor der Invasion vorhanden waren. Außer den Vorräten verbrannten die Russen bei ihrem Rückzug 246 Schächte in Tustanowice, wogegen die Schächte in Borysław unversehrt blieben. Heute beträgt die Produktion etwa 220 Zisternen täglich und sie kann sich gegenwärtig nur unbedeutend erhöhen, da wegen Mangels an qualifizierten Arbeitskräften und an Material sich nur sehr wenig Schächte gegenwärtig in Bohrung befinden. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Produktion in der nächsten Zeit nicht jene Höhe erreichen wird, die sie vor Kriegsausbruch hatte. Der gegenwärtige Bedarf Oesterreich-Ungarns und Deutschlands an Rohöl könnte durch die galizische Naphthaindustrie zum bedeutenden, vielleicht sogar überwiegenden Teil befriedigt werden. Haben wir doch in Galizien mehrere hundert Oertlichkeiten, an denen sich Rohöl findet. Hier handelt es sich bloß um die Frage der Produktionskosten und der Organisation.“ — Ueber den Stand der Gruben wird aus Borysław berichtet, daß dort gegenwärtig von 424 Schächten bloß 210 untätig sind, montiert werden 23, instrumentiert 10, gebohrt 68, gekolbt dagegen 111 Schächte. Zwei Schächte sind eruptiv. Unter den untätigen Schächten gibt es gegen 100, die von den Russen niedergebrannt wurden. In der Zeit vom

1. Juli bis 30. November 1915 wurden in Borysław-Tustanowice insgesamt 29.885 Zisternen Rohöl produziert, zusammen mit der Produktion von Schodnica (1126 Zisternen) und von Urycz (412 Zisternen) 31.452 Zisternen. In diesen fünf Monaten wurden an verschiedene österreichisch-ungarische Raffinerien insgesamt 40.554 Zisternen expediert. Darin sind auch 9330 Zisternen enthalten, die an die Mineralölfabrik in Drohobycz abgepippt wurden. Der Rohölpreis, der vor dem Krieg zirka K 5 für 100 Kilogramm betrug, erhöhte sich bis auf K 12.80 und beträgt jetzt K 11.50 für 100 Kilogramm.

Die Handelsstelle deutscher Handelskammern. Der zur Förderung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und den besetzten Gebieten Polens gebildeten amtlichen Handelsstelle deutscher Handelskammern haben sich bisher sechzig Handelskammern aus allen Teilen Deutschlands angeschlossen. Die hiedurch verbreitete Grundlage der Organisation hat es dem Vorstand ermöglicht, die Bedingungen für die Benützung der Handelsstelle durch deutsche Firmen wesentlich zu erleichtern. Es ist beschlossen worden, eine Verwaltungsgebühr für die Geschäfte (bisher zwei Prozent) von den der Handelsstelle beitretenden Firmen überhaupt nicht mehr zu erheben und ebenso die Zuschläge zu den Eintragungsgebühren für Firmen, die in mehreren Geschäftszweigen Geschäfte zu machen beabsichtigen, abzuschaffen. Die beitretenden Firmen haben daher fortan nur

die feste jährliche Eintragungsgebühr zu zahlen. Der Umfang der Tätigkeit der Handelsstelle und ihre Benützung durch die Kaufmannschaft und Behörden ist in ständiger Zunahme begriffen, zumal nachdem ihr durch Erlaß des Generalgouverneurs die Zensurfreiheit endgültig gewährt worden ist.

Galizische Industriebank. Die niederösterreichische Eskomptegesellschaft hat ihren gesamten Besitz an Aktien der „Industriebank für das Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau“ an den galizischen Landesausschuß verkauft. Ueber Einladung des letzteren wird Direktor v. Kraszny, welcher bisher in Vertretung der niederösterreichischen Eskomptebank dem Verwaltungsrat der Galizischen Industriebank angehörte, diese Funktion fortan als Vertrauensmann des galizischen Landesausschusses bekleiden. Das Aktienkapital der Galizischen Bank für Industrie und Handel beträgt zehn Millionen Kronen. Die überwiegende Mehrheit der Aktien ist jetzt schon im Besitz des Landes Galizien. Die niederösterreichische Eskomptegesellschaft hatte einen Aktienbesitz von drei Millionen Kronen. Diese Aktien sind an das Land Galizien verkauft worden. Der galizische Landesausschuß beabsichtigt, die Industriebank als Aktiengesellschaft weiter bestehen zu lassen und im Frieden das Aktienkapital zu erhöhen. Die Bank soll bei der Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Galizien hervorragend mitwirken.

Vom Lesetisch des Krieges.

Abg. Dr. F. Naumann und Prof Dr. Th. Schiemann. „Vergesst den Kriegsbeginn nicht.“ („Die Hilfe“, Nr. 47, vom 25. November 1915.) — Aus Prof. Schiemanns Monatsschau. („Das größere Deutschland“, Nr. 49, vom 4. Dezember.)

In einem Artikel unter dem Titel „Vergesst den Kriegsbeginn nicht!“ schreibt Reichsratsabgeordneter Dr. Friedrich Naumann: „Vergesst es nicht, daß damals von deutscher und österreichisch-ungarischer Seite den Polen diesseits und jenseits der Grenze ein neues Zeitalter gegenseitigen Vertrauens versprochen wurde, wenn sie gegen das Zarentum mit uns zusammengehen wollten! Die reichsdeutschen und österreichischen einheimischen Polen haben dieses Vertrauen fast restlos gerechtfertigt und auch die russischen Polen haben nach dem Maß ihrer gebundenen Kräfte für den Sieg der mitteleuropäischen Verbündeten nicht Unbeachtliches getan. Noch ist die Zeit nicht da, um über künftige Grenzen und staatsrechtliche Verhältnisse zu sprechen, aber wohl ist es Zeit, um von Volk zu Volk den Ton der gegenseitigen Achtung und Verständigung zu suchen. Ehe die Staatsmänner

ihre letzten Worte sagen können, müssen die durch einen blutigen Krieg einander nahegebrachten Nachbarnationen in ihren Zeitungen und Vertretungen den Versuch machen, sich als künftige Weltgeschichtsnachbarn zu begreifen, weil mit bloßen Staatsverträgen ohne Gesinnungshintergrund gerade dieses verwickelteste aller Probleme nicht zur guten Erledigung kommen kann. Der deutsche Reichskanzler hat eine Neuorientierung gegenüber den preußischen Polen zugesagt. Vergesst es nicht, daß in dieser Zusage für uns alle gewisse moralische Verpflichtungen enthalten sind!“

Professor Dr. Theodor Schiemann gehört zu den Bedeutendsten von jenen, die durch den Krieg in der polnischen Frage zum „Umlernen“ veranlaßt wurden. In Dr. Rohrbachers Zeitschrift „Das größere Deutschland“, in der seit seinem eben durch jenes „Umlernen“ veranlaßten Austritt aus der „Kreuz-Zeitung“ Prof. Dr. Schiemann seine interessantesten Monatsübersichten veröffentlicht, lesen wir nun:

„Wir schließen mit dem Hinweis auf einige besondere Probleme. Die Eröffnung der polnischen Universität Warschau begrüßen

wir als eine Großtat deutscher Kulturarbeit und wünschen ihr alles Gedeihen, ganz wie wir dem wiedererstehenden Polen alle Selbständigkeit wünschen, die es ertragen und aus eigener Kraft zu behaupten vermag. Es ist nach den Kundgebungen, die von seiten der russischen Regierung erfolgt sind, nicht daran zu glauben, daß sie je willig gewesen ist, Polen freizugeben. Die daran geglaubt haben, müßten heute aller Illusionen ledig sein. Polen wird mit der dauernden Feindschaft Rußlands zu rechnen haben, so daß sich die Zukunftsfrage so stellt: Auf welchem Weg kann dieser Feindschaft am besten begegnet werden, militärisch wie politisch? Wir wollen diese Frage nicht beantworten, aber doch darauf hinweisen, daß wir erstens diesen Krieg nicht geführt haben, bloß um Polen zu befreien, sondern vornehmlich, um unsere Grenzen zu sichern, zweitens aber, daß wir es für klug halten würden, von nationalpolnischem Gebiet so wenig als irgend mit unseren Interessen vereinbar ist, dem Deutschen Reich anzugliedern. Da eine dauernde Schwächung Rußlands, in dem wir unseren gefährlichsten Feind sehen, absolut notwendig ist, weist uns, abgesehen von Polen, unsere politische Pflicht darauf hin, uns die Beherrschung der Ostsee und ihrer Küstenländer zu sichern. Das mag schwierig sein, ist aber gewiß nicht unmöglich. In Petersburg liegt der Schlüssel der Zukunft und von dorthin müssen wir ihn uns holen. Alles andere ist Utopie.“

„Fremden-Blatt.“ (Wien.) Das Organ des Wiener Ministeriums des Aeußern über Polen. Die Erlösung eines gebundenen Volkes.

Das Wiener „Fremden-Blatt“ bespricht in seiner Nummer vom 1. Jänner die Ergebnisse des abgelaufenen Kriegsjahres und widmet der polnischen Frage folgende Ausführungen:

In Europa selbst aber wird ein gebundenes Volk erlöst, Polen ist vom russischen Joch befreit. Dies ist nicht nur ein Ereignis allerersten Ranges für die polnische Nation selbst, sondern auch eine für die europäische Geschichte überhaupt außerordentlich wichtige Tatsache. Es ist bezeichnend, daß die Wendung in Polens Schicksal mit dem glänzenden Feldzug Bulgariens gegen Serbien und mit seiner Abwendung von Rußland zusammenfällt, das die slawischen Völker im besten Fall als Werkzeuge gelten läßt, die es nach Belieben verwendet und, wenn sie sich nicht fügen wollen, zerbricht. Die Aussicht, existieren zu dürfen, wenn es eines dieser Werkzeuge werden wolle, ist Polen in den letzten Jahren von den Neoslawisten als lockende Möglichkeit vorgespiegelt worden; tatsächlich vorgespiegelt, denn ein polnisches Nationalleben, auch in der unterwürfigsten Form, ist mit Rußlands Eigenart unverträglich. Jetzt sind Polen und Rußland endgültig auseinandergerissen!“

Kleine Mitteilungen.

Der Präsident des ungarischen Reichstages an das Oberste National-Komitee.

Auf die Dankdepesche, die der Präsident des Obersten National-Komitees, Ritter von Jaworski, an den Präsidenten des ungarischen Reichstages, Paul Beöthy, für die im Reichstag vernommenen Kundgebungen der Sympathie mit den polnischen Bestrebungen abgeschickt hat, ist nachstehende Antwort eingelangt:

„Ich danke höflichst für die mir im Namen des Obersten National-Komitees übermittelten Grüße. Ich spreche die tiefe Ueberzeugung aus, daß das ungarische Blut, das bei der Wiedergewinnung der von den Polen besiedelten Lande reichlich geflossen ist, nicht umsonst geopfert wurde und nicht nur die Sicherheit des nationalen ungarischen Staates, sondern auch die Kraft und die Einigkeit der übrigen unter dem Szepter Seiner Königlichen Majestät befindlichen Länder stärken werden.

Paul Beöthy,
Präsident des ungarischen Reichstages.

Kommandant der Legionen in Warschau.
Aus Warschau wird berichtet: FML. v. Durski, Kommandant der polnischen Legionen,

ist in Warschau eingetroffen und wurde am 18. Dezember einem Diner beim Generalgouverneur v. Beseler beigezogen. An dem Diner nahmen teil: Generalstabschef von der Esch, Fürst Olgierd Czartoryski, Graf Krusicki u. a. FML. v. Durski widmete die folgenden Tage der Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt, bei welchem Anlaß ihm von den hervorragenden Vertretern der Bevölkerung herzlichste Aufnahme zuteil wurde.

Die Legionäre den Aufständischen aus dem Jahre 1863. Die Legionäre des IV. Regimentes der polnischen Legionen übersendeten vom Kampfplatz über K 2000 an das Veteranenheim der Aufständischen aus dem Jahre 1863. Die ehrwürdigen Aufständischen sandten an ihre jungen Kameraden einen Brief folgenden Inhaltes:

„Mit Rührung und Dankbarkeit empfang die Verwaltung des „Veteranenheimes des Aufstandes vom Jahre 1863/64 in Krakau“ Eure wahrhaft königliche Spende im Betrage von K 2148 für die Greise, die vor ihrem Tod den Tag ersehnen, für den sie vor Jahren die Saat ihres Blutes in die polnische Scholle warfen. Euch, Brüder, Soldaten, fiel die weitere Arbeit auf der polnischen Flur zu. Mit Eurem Blut und mit Eisen jätet Ihr sie von moskowitischem Unkraut; mit Blut und Eisen werdet Ihr

die Ernte einbringen. An jenem Tag werden Euch die sterbenden Greise dafür segnen, daß Ihr sie den Augenblick erleben liebet, nach dem sich Generationen sehnten. Gott unterstütze Eure Waffen! Und wenn Ihr nach den Mühen eines siegreichen Krieges ausruhen werdet, mögen Euch die Nachkommen ehren und Eure Namen den fernsten Zeiten überweisen. Empfanget unseren herzlichsten Dank für Eure guten Herzen und für die reiche Spende, die weit über Eure Möglichkeit ging. Wir entbieten Euch herzlichen Brudergruß und den Ausdruck tiefer Verehrung. Fröhliche Feiertage! Es lebe das IV. Infanterieregiment der polnischen Legionen!“

Dem Brief waren geweihte Oblaten angegeschlossen, wie sie zu den Weihnachtsfeiertagen in Polen üblich sind.

Erinnerungen an den Novemberaufstand. Letzthin wurde in Warschau im Hause der Fürsten von Masovien eine Ausstellung von Erinnerungsgegenständen an den Aufstand des Jahres 1830/31 eröffnet. Der Verein der Geschichtsfreunde hat die Ausstellung organisiert. Sie ist in drei großen Sälen untergebracht und enthält: Drucke, die sich auf den Reichstag des Jahres 1831 beziehen, eine Sammlung von Allegorien und Karikaturen aus der Aufstandszeit, eine vollständige Sammlung von Assignaten und Banknoten, darunter einen im Jahre 1831 in Kielce herausgegebenen Bon auf Brot (Vorläufer der Brotkarte), ferner Rüstungen, Münzen, Medaillen, Uniformknöpfe, Schlachtszenen, eine Sammlung von Visitenkarten aus dem Jahre 1831, eine Sammlung von Porträts (Stiche und Lithographien), Pläne wichtigerer Schlachten, eine Sammlung von Münzenetuis (darunter ein großes mit einem Ritterkreuz),

ein Kreuz aus Gewehrläufen und Kugeln aus der Schlacht bei Grochów, das Innere des Arsenal. Ferner eine Sammlung von Flugblättern, Proklamationen und Aufrufen, eine Sammlung polnischer und fremdländischer Bücher und Drucke über den Krieg vom Jahre 1830/31, eine Sammlung von Zeitungen und Kalendern aus jener Zeit, eine Sammlung von Autogrammen der Mitglieder der Nationalregierung, einen eigenhändigen Brief Chopins an Elsner über den Novemberaufstand, ein Schränkchen mit Miniaturen, Ringen, Tabatièren, Kreuzchen aus dem Holze des durch das IV. Regiment berühmt gewordenen „Erlenwäldchens“, eine reiche Sammlung von Uniformzeichnungen, eine französische Publikation „Les héros polonais“, Publikationen von Bartynowski und Saryusz Wolski, zeitgenössische Oelbilder mit Uniformdetails, eine Sammlung von Instruktionen und eine Menge anderer Gegenstände, die diese in der Geschichte des Landes denkwürdige Epoche zur Darstellung bringen.

Warschau für die Legionen. Die Idee der Legionen zieht in Warschau immer weitere Kreise. Beweis dessen das lebhafteste Interesse und der herzliche Beistand, die ihnen von der Bevölkerung der Stadt entgegengebracht werden. In letzter Zeit fanden statt oder sind zugunsten der Legionen einige Unternehmungen projektiert, wie: eine Vorstellung im Großen Theater (Komitee der Fürstin Lubomirska), eine Jause im Kristallcafé (Hilfsverein für die Legionen), ein Konzert in der Philharmonie, Verkauf von Fähnchen usw. Es soll erwähnt werden, daß die deutschen Behörden im vorigen Monat in Warschau den Hilfsverein für die Legionen, das Sanitätskomitee und das Christkindkomitee legalisiert haben.



Die geehrten Abnehmer werden höflichst um rechtzeitige Erneuerung des Bezuges für das nächste Vierteljahr ersucht. — Die Administration der Wochenschrift „Polen“, Wien, I., Wipplingerstraße Nr. 12. — Postscheckkonto 150.678.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Anton Chmurski. — Druck von Carl Herrmann, Wien, IX., Alserstr. 50.

Nachdruck sämtlicher Artikel der Wochenschrift „Polen“ mit oder ohne Quellenangabe gestattet.

Nakłady Centralnego Biura Wydawnictw N.K.N.

Bandrowski-Kaden „Bitwa pod Konarami“	K	2.—
Jaworski W. L. „Mowy“	„	1.—
Sieroszewski W. „Józef Piłsudski“	„	2.—
Tetmajer K. „O żołnierzu polskim“	„	1.50
Tokarz W. „Żołnierze kościuszkowscy“	„	—80

Opuścił także prasę i jest do nabycia

Kalendarz na rok 1916.

p t.

„Legionista Polski“

zawierający szczegółową kronikę bojów Legionów Polskich artykuły wybitnych polityków polskich, bogaty dział literacki, materiały ilustracyjny. oraz szczegółowy szematyzm członków Naczelnego Komitetu Narodowego.

Wydawnictwa C. B. W do nabycia:

KRAKOW, Wolska 19. lub

w WIEDNIU, Kram Gospody, IV., Weyringerstraße 14
i księgarnia

M. Perles, I., Seilergasse 4.

A. Krzyżanowski u. K. Kumaniecki

Handbuch der polnischen Statistik

(Mit polnischen, deutschen und
französischen Rubrikenköpfen).
Verlag der „Polnischen
statistischen Gesellschaft“.

315 statistische Tafeln;
SS. XXXI und 315.

Preis K 6.—.

Generalvertrieb G. Gebethner & Co.
Buchhandlung, Krakau.

Soeben erschienen:

Geschichte Polens in allgemeinen Umrissen.

Von

Prof. Dr. August Sokolowski

PREIS K 2.— = M 1.60

Verlag des Obersten Polnischen National-Komitees.

**Kommissionslager: K. u. k. Hofbuchhandlung M. Perles, Wien I., Seilergasse 4
und Kram Gospody Legionistów, Wien IV., Weyringerstraße 14.**

Im Verlage von Karl Curtius in
Berlin W. 35 ist erschienen:

Die Zukunft Polens
und der
deutsch-polnische Ausgleich
von W. FELDMAN.

Inhalts-Verzeichnis:

	Seite
I. Der Sinn des Krieges	7
II. Das Aufleben des polnischen Problems .	14
III. Deutsche Befürchtungen	27
IV. Die Ukrainer	39
V. Die Judenfrage	48
VI. Um die gemeinsame Sache	62

Preis 1.20 Mk.

**Verlags-Buchdruckerei
mit Zeitungs - Verlag**

CARL HERRMANN

empfeht sich zur Herstellung
aller vorkommenden Buchdruck-
arbeiten in Schwarz- sowie
Buntdruck bei sauberer Aus-
führung und kürzester Frist zu
mäßigen Preisen. Herstellung
von Broschüren und Werken
in sämtlichen Landessprachen
Reichhaltiges Schriftmaterial
für Broschüren, Zeitschriften,
Werke, Kataloge, Preislisten,
Prospekte, Plakate, Trauungs-
anzeigen usw. Massendruck
sohnell und außerdem billig.

Telephon Nr. 22.833

WIEN, IX. ALSERSTR. NR. 50

„Polnische Blätter“

**Zeitschrift für Politik,
Kultur und soziales Leben**

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats

Herausgeber:

**W. Feldman, Berlin-Charlottenburg,
Schlüterstraße Nr. 28**

**Preis: Vierteljährlich Mark 3.50 = Kronen 4'50
Einzelheft: 40 Pfennig = 50 Heller**

Verlagsbuchhandlung Karl CURTIUS, Berlin, W. 35.

LEON WASILEWSKI:

**„Die Judenfrage in Kongreß-Polen“
ihre Schwierigkeiten und ihre Lösung.**

48 Seiten. — Preis 60 Heller — 50 Pf.

== Soeben erschienen. ==

Kommissionslager:

**R. LÖWIT, Buchhändler
Wien I., Rotenturmstraße 22**

Bestellungen durch alle Buchhandlungen u. b. d. Administr.
der Wochenschrift „Polen“, Wien, I., Wipplingerstr. 12.

BERTA ZUCKERKANDL: POLENS MALKUNST

SOEBEN ERSCHIENEN!

PREIS: 2 KRONEN = 1'50 MARK

Verlag: Wochenschrift „Polen“. Zentralvertrieb: H. Goldschmiedt, Wien, I., Wollzeile Nr. 11.